

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 65 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
15. Februar 1909

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Jettin (Zunabel), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furdach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Der Notschrei der Bergarbeiter. — Von Luise Zieg. — Die Promethenssage.
Von G. G. (Fortf.) — Der Textilarbeiterverband im Jahre 1908. Von
H. Jädel. — Das Ausland im Jahre 1908. II. Von H. B. — Etwas
vom Tabakarbeiterelend.
Aus der Bewegung: Achtung, Genossinnen! — Von der Agitation. —
Natalie Lieblrecht. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Der Verband der Handlungsgehilfen. —
Genossenschaftliche Rundschau. Von H. FL.
Notizenteil: Diensthofenfrage. — Frauenstimmrecht. — Soziale Gesetzgebung.
— Soziales Elendsbild. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Der Notschrei der Bergarbeiter.

Aus Nord und Süd, aus Ost und West traten letzte Woche die Lohnsklaven des Grubenkapitals in Berlin zu einem Kongreß zusammen. Und wahrlich, nicht nur die Worte, die auf dem Kongreß gesprochen wurden, waren eine flammende Anklage gegen die skrupelloseste kapitalistische Ausbeutung, gegen mangelnden und mißachteten Arbeiterschutz, gegen das fluchwürdige System der Schwarzen Listen, sie selbst, die Bergknappen waren eine lebendige Anklage durch ihre Erscheinung. Da marschierten sie nacheinander auf, starkknochige, sehnige Gestalten — denn die Arbeit im Bergbau ist eine schwere Arbeit —, aber mager, ausgemergelt, mit ungesund, gelblich-weißer Gesichtsfarbe; die meisten von ihnen mit blauen Flecken im Gesicht und an den Händen, das Bergmannszeichen, das ihnen aufgedrückt wird durch die Verwundungen, welche sie erhalten bei Explosionen, viele mit verkrüppelten Gliedern.

Die mit innerer Erregung und vor Empörung zitternder Stimme vorgebrachten Beschwerden und Anklagen bestätigten wiederum die furchtbare Tatsache, daß im Produktionsprozeß der Arbeiter nicht als Mensch, sondern nur als sprachbegabtes „Arbeitsinstrument“ bewertet wird, welches den einzigsten Zweck hat, Profit, steigenden Profit zu erzeugen, ob es selbst darüber zugrunde geht. Denn während der Goldstrom unausgesetzt steigt, der in die Kassen der Bergmagnaten fließt, steigt der Blutstrom in den Reihen der Bergknappen. Von 662907 gemeldeten Unfällen in der deutschen Industrie im Jahre 1907 entfallen 92455 allein auf den Bergbau. Der sechste Teil aller durch Unfall Getöteten sind Bergleute. Für das Jahr 1908 sind nach den vorläufigen Feststellungen der Knappschäftsberufsgenossenschaft 103582 Unfälle und 1869 Todesfälle zu verzeichnen. Das sind entsetzliche Ziffern!

Zu den einzelnen Unfällen, die täglich, wöchentlich sich ereignen, traten dann von Zeit zu Zeit die Massengräber, wie sie das Unglück auf der Borussia, Keeden und — Radbod aufweist! Und immer noch fehlt es an einem einheitlichen, durchgreifenden Reichsberggesetz, das neben anderen wichtigen Reformen vor allem einen wirksamen Arbeiterschutz enthalten sollte. Noch immer fehlt es an Arbeiterkontrollleuten, die über die Beachtung und Innehaltung des geltenden Rechtes wachen. Denn aller Mund wiederholte die Klage: Nicht nur fehlt es an Schutzbestimmungen, mindestens ebenso

schlimm ist, daß das heute schon geltende Recht mit Füßen getreten wird.

Hier fehlt es an der Verieselung, wodurch die Explosionsgefahr eine permanente wird, dort muß der Bergmann an mit Gasen gefüllten Orten schaffen, oft im Dunkeln, weil das Lampenlicht verlöscht in der giftigen, sauerstoffarmen Luft. Das Licht verlöscht, aber der Bergmann muß schanzeln, bis er ohnmächtig zusammenbricht. Denn die Wetterführung kostet Geld, der Bergmann nicht! Hier wird ein Unglück herbeigeführt, dem einzelne, oft viele zum Opfer fallen, weil vollständig unerfahrene Leute an gefährvolle, verantwortungsreiche Posten gestellt werden, dort geschieht ähnliches, weil die Arbeiter Ausländer sind, die der Sprache nicht mächtig, sich nicht verständigen können.

Hinzu kommt das intensive Arbeiten, wozu die Grubenklaven angetrieben werden durch das Soll- oder Prämien-system auf vielen Gruben, oder wozu die Not sie treibt, infolge des verruchten Strafgederumwesens, welches die Bergleute schwerer drückt als früher das Wagnutzen. Im Oberhausener Bezirk auf der Grube „Neumühl“ ist zum Beispiel die Summe von 24000 Mk. an Strafgebern in einem Jahre erhoben worden; auf der Grube „Westend“ wurden in der gleichen Zeit 17000 Mk. und auf der Grube „Konfordia“ in einem Schacht 7000 Mk. erhoben.

So werden die Bergknappen um ihr bei schwerer, gefahrvoller Arbeit sauer verdientes Geld geprellt und gleichzeitig aufgestachelt zu angestrenzter Arbeit, wodurch die Krankheits- und Unfallgefahren ins Ungemessene wachsen. Leben und Gesundheit der Bergknappen spielen im Bergwerk heute die geringste Rolle, das brachte bei der Borussia-Affäre in zynisch-brutaler Weise ein Sachverständiger zum Ausdruck in den Worten: „Man betreibt doch nicht Bergbau, um Gefahren zu bekämpfen, sondern um Kohlen zu fördern!“

Kommt der Berginspektor, dessen Ankunft vorher gemeldet wird, schnell werden die schlimmsten Abstände aus dem Wege geräumt, die gefährlichen Betriebsstellen geräumt, durch einen Lattenverschlag als „gestundet“ bezeichnet; ist der Beamte wieder fort, geht die alte Wirtschaft weiter und — Hekatomben von Menschenopfern begleiten den Gang und die Anhäufung des Grubenkapitals!

Doch diese Herrschafts- und Ausbeutungsmöglichkeit genügt den Grubenbaronen noch keineswegs. Die Bergknappen haben es gewagt, sich zu organisieren, sie beginnen, immer energischer an ihren Ketten zu rütteln, sie schreien das erlittene Unrecht immer lauter hinaus. Die sozialdemokratischen Tageszeitungen und das Fachblatt, die „Bergarbeiterzeitung“, erheben Tag für Tag ihre Anklagen und heißen Abhilfe. Das beunruhigt und stört die Herren Berggewaltigen; daher haben sie begonnen, eine fürchterliche Musterung zu halten unter denen, die es wagen, gegen den Stachel zu lecken. In der skrupellosesten, brutalsten Weise wird mit Hilfe der geheim verschickten Schwarzen Listen die Hungerpeitsche über die Bergarbeiter geschwungen, werden sie von Arbeitsstätte zu Arbeitsstätte, von Ort zu Ort gehetzt, vergeblich ankämpfend gegen diese geheimnisvolle, sie überall

verfolgende Macht, bis sie erschöpft und entkräftet zusammenbrechen. Stoßweise lagen die Schwarzen Listen, dieses Denkmal unserer Zeiten Schande, auf den Tischen des Kongresslokales aus. Schon vor Monaten hatte ein günstiger Wind die so sorgsam geheimgehaltenen Urlassbriefe dem Bergarbeiterverband auf den Schreibtisch geweht. Siedendheiß jagte die Empörung uns das Blut durch die Adern, als wir die Listen in die Finger nahmen, als wir Namen im Namen braver Bergleute lasen und uns sagten, so werden kalten Blutes Tausende von Existenzen vernichtet, Tausende Familien zerstört, Tausende von Familienväter ruhelos und existenzlos von Ort zu Ort geheßt, lediglich um den nimmersatten Profitshunger der Grubenbarone zu stillen, ihrem Machtzettel Genüge zu tun. Und auf den Schrei der Bergleute nach Gesetzeschutz gegen diese Brutalität antwortet der preussische Minister des Innern mit einer Drohung, kündigt er ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterorganisationen.

Daß die Arbeiterschaft von der Regierung und den herrschenden Klassen auf kein Entgegenkommen zu rechnen hat, daß sie lediglich ihrer wachsenden Macht und Stärke, lediglich ihrem selbstgeführten Kampf wird zu danken haben, was sie an Rechten, was sie an Schutz für Leben und Gesundheit erreicht, hat zur Genüge gleichfalls der Kongress gezeigt. Kein Vertreter der Regierung, kein Zentrumsmann, kein Konservativer war erschienen, neben den sozialdemokratischen Land- und Reichstagsabgeordneten nur noch je ein freisinniger und ein nationalliberaler Abgeordneter. Und dabei fordern die Bergleute nur das Notwendigste: ein Reichsberggesetz, selbstgewählte Arbeiterkontrollure, die dem geltenden Recht Achtung verschaffen, und einen gesetzlichen Schutz gegen die Schwarzen Listen. Möchten doch alle Bergarbeiter, die ihrer Bergarbeiterorganisation und der sozialdemokratischen Partei noch ferne stehen, daraus lernen. Möchten doch vor allem auch alle Bergarbeiterfrauen daraus lernen, nämlich, daß alles, was Arbeiterkittel und Jacke trägt, zusammenzustecken hat, daß sie sich scharen müssen um die Fahne der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei, daß sie gemeinsam den Kampf zu führen haben gegen Ausbeutung und Knechtung und für die Befreiung der Arbeit. Unsere Bergarbeiterfrauen, sie durchleben im Geiste alle die Gefahren mit, die täglich ihren Gatten umlauern, sie bangen um seine Heimkehr, wenn er eingefahren, sie sehen im Geiste, wie er vielleicht verkrüppelt, verkohlt, erschlagen ins Haus gebracht wird. Sie bangen desgleichen darum, daß er abgelegt werden könnte, ruhelos von Ort zu Ort geheßt und der Hunger seine Einkehr in die Familie hält; sie denken schauernd der vielen Strafgeleits, derentwegen sie und die Ihrigen darben und entbehren müssen, sie sind alle auf das tiefste empört ob dieser Zustände, sie haben alle den heißen Wunsch, daß es anders, besser werden möge. Nun wohl, da sollen sie Hand anlegen und arbeiten, kämpfen helfen in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft. Wir sind stark und mächtig auf Grund der Zahl unserer Köpfe, wenn — wir einig sind. Darum laßt uns einig sein; der Kongress, alle die dargelegten Leiden, die Behandlung der Bergknappen durch die Regierung und bürgerlichen Parteien, sie rufen es uns mit Donnerstimmen zu. Hören wir diese Stimmen und handeln danach.

Luise Bieg.

Die Prometheusfage.

Von G. G.

(Fortsetzung.)

Wie die Gestalt der Themis, finden wir auch die der Io im Prometheus des Aeschylos zum erstenmal in den Mythos aufgenommen. Io, die schöne Priesterin der Hera in Argos, die Tochter des Königs Inachos von Argos, wurde von Zeus' Liebe bestürmt. Die eifersüchtige Hera verwandelte sie in eine Kuh, und in dieser Gestalt mußte sie, von einer Bremse verfolgt, auf der ganzen Erde herumirren. Sie wird von Aeschylos geschildert als die

„Tochter Inachos, die Zeus' Gemüt
In Lieb' entflammt und die nun Hera's Zorn
Gewaltsam treibt in ruhelose Flucht.“¹

Io erscheint hier, wie die Pandora im alten Mythos, als Personifikation der neuen Form der Ehe, und in ihren Leiden und Klagen sind die Leiden, Kämpfe und Widersprüche nicht zu verkennen, die den Übergang aus der altzeitlichen Form der kommunistischen Ehe unter Blutsverwandten in die Form der Einzelehe begleiteten, also den Übergang vom Mutterrecht zum Vaterrecht. Auch Bachofen weist auf diesen Zusammenhang hin, indem er betont, daß „Aeschylos die liebeerregte Io wohl durch Kilikien und Pamphylien, nicht aber nach Lykien² gelangen läßt“, wo das Mutterrecht sich bis in späte Zeiten erhalten hatte, wo diese Kämpfe und Widersprüche kaum existierten.

Wie Prometheus klagt auch Io das Regiment des neuen Gottes an, sie findet den Gefesselten als Schicksalsgenossen. Prometheus sagt ihr die Leiden voraus, die sie noch zu erdulden haben wird, und erklärt ihre und seine eigenen Qualen aus derselben Ursache:

„Wie nun?
Ist's ein Tyrann nicht, dieser Götterkönig?
In allem gleich! Dies ird'sche Weib zu küssen,
Das war sein Götterwillen! Nun verstößt er
In solche Irren sie! Ein böser Freier,
O Jungfrau, ward zur Hochzeit dir zuteil!“⁴

Prometheus prophezeit, daß einer von Io's Nachkommen seinen Retter hervorbringen werde, der ihn mit dem Willen des Zeus erlösen wird, also dann erst, wenn dessen Herrschaft befestigt ist, die Menschheit sich in die neue Ordnung gefunden hat.

In dem Schauder und Entsetzen, die Io vor der Ehe mit dem Gotte empfindet, und die sie zum Wahnsinn geführt haben, spüren wir den Abscheu der in die neue Gesellschaftsordnung Hineinwachsenden vor der neuen Form der Ehe, die sich mit ihr entwickelt. Hera, die in Eifersucht gegen Io entbrennt, erscheint schon ganz als Vertreterin der Einzelehe — in der Geschwistereihe hat es wohl kaum Eifersucht gegeben. Ebenso ist Zeus schon der Typus des bevorrechteten Mannes, dem diese Einzelehe nicht genügt und der noch außer der Ehe Genuss sucht. Die Ehe unter Blutsverwandten, die in den ältesten Zeiten des urwüchsigsten Kommunismus selbstverständlich war, gilt hier schon als Frevel; in der Prometheus-Prophezeiung über die Leiden der Io heißt es:

„Das fünfte, fünfzigprossige Geschlecht
kehrt wider Willen erst nach Argos heim,
Ein Mädchenschwarm, die blutsverwandte Ehe
Der Vettern fliehend.“⁵

Vor einer anderen Gefahr, die erst auf dem Boden der Klassenherrschaft erwachsen konnte, fürchten sich die Oeaniden und warnen vor ihr, nämlich vor der Erfahrung, daß eine Ehe zwischen Hohen und Niederen nicht zum Glück führt, sondern nur die niedrigstehende Frau ins Unglück stürzt. Wie ein Satz der Herrenmoral des Kapitalismus, der heute noch Gültigkeit beanspruchen darf, klingt ein Ausspruch der ersten Oeanide:

„Allein das gleiche Bündnis führt zum Glück,
Denn nicht dem Prahler mit des Reichtums Schätzen,
Dem Stolzen nicht auf abliges Geschlecht
Sich zu vermählen trachte der Oeringe!“⁶

Nach ihrem langen qualvollen Umherirren im Wahnsinn soll Io doch endlich in der Ehe mit Zeus, vor der sie sich so lange gescheut hat, ihre Erlösung finden. Die des Prometheus ist eng damit verknüpft, da einer von Io's Nachkommen ja sein Retter werden soll. In diesem Ehebund wird endlich die alte Ordnung ganz von der neuen befestigt, er kann aber auch zugleich als das Zeichen der Versöhnung der Gegensätze gelten. Prometheus meint, daß von ihm der Sturz des Zeus abhängig ist,

¹ Aeschylos, Seite 44.

² Kilikien, Pamphylien und Lykien sind drei Landschaften an der Südküste Kleinasiens.

³ Bachofen, Das lykische Volk, Seite 46.

⁴ Aeschylos, Seite 49.

⁵ Aeschylos, Seite 54.

⁶ Aeschylos, Seite 55.

weil Themis ihm ja prophezeit hat, daß sein Befreier aus diesem Ehebund hervorgehen soll. Sein Befreier aber, so schließt der gefesselte Titan, muß notwendig den Zeus stürzen, um ihn selbst erlösen zu können.

„Und doch, du stolzer Zeus, bestehst du nicht!
Ein Ehebündnis wirst du dir bereiten,
Das dir das Zepter deiner Macht zernickt! — ...
... Und der Götter keiner
Weißt dir den Rettungsweg, als ich allein!“

Prometheus, der Weitschauende, der schon die Notwendigkeit erkannt hat, daß das Alte dem Neuen weichen muß (Seite 57), sieht in dem Triumph des Zeus den Keim zu seiner Niederlage und Sturz, ohne die ihm die eigene Rettung nicht möglich erscheint. Er ahnt noch nicht, daß der Triumph des Zeus in einem Aufgehen der alten Organisation in der neuen bestehen wird, daß er also zugleich auf der Versöhnung der Gegensätze beruht, die auch seine Erlösung erst möglich machen wird durch „Herakles, den sich unterwerfenden Sohn des Zeus“.

Das Bewußtsein aber, daß er, Prometheus, jetzt der einzige ist, der um das Geheimnis von dem vermeintlichen Sturze des Zeus weiß, steigert in ihm den revolutionären Trotz gegen den neuen Gott. Mit höhennenden, selbstbewußten Worten weist er dessen Boten, den Hermes ab, der durch Drohungen die Offenbarung des Geheimnisses von ihm erzwingen will:

„Fleh! Vete! Krieche hin zum hohen Herrn!
Ich acht' ihn doch für weniger als nichts!“ —

Kann je ein Unterdrückter seinem Peiniger verächtlichere, trozigere Worte hinwerfen? Alle Strafen, die Prometheus trotzigterlich angedroht werden, fordern seinen Trotz nur noch mehr heraus. Mit ungeheurem Selbstbewußtsein und mit einer elementaren revolutionären Kraft schleudert er dem Unterdrücker triumphierend entgegen: „Er kann mich doch nicht töten!“ Das trotzigere Bewußtsein des Unterdrückten, daß der Freiheitsbrang des Menschen mächtiger und dauernder ist, als alle Formen der Unterdrückung, und daß er deshalb sie alle überdauern und überwinden wird, kann meines Dafürhaltens siegesicherer und stolzer nicht ausgedrückt werden!

Da Prometheus das Geheimnis nicht verraten hat, wird der Revolutionär von seinem Geschick ereilt, er wird unter Donner und Blitz und mächtigem Getöse in den Tartarus gestürzt:

„So, vom Gott gesandt,
Dringt jäh der Sturz des Schreckens auf mich ein! —
O meiner Mutter heit'ge Macht! — O Ather,
Lichtquell des Alls! — Seht mich das Unrecht dulden!“ —

Also hier, am Schlusse der Tragödie, in dem Augenblick seines Sturzes wendet sich Prometheus an die Muttergottheit, deren Sohn er ist, und deren Unterdrückung durch die Vatergottheit er mit der vollen revolutionären Kraft seines Wesens verhindern wollte.

Der dritte Teil der Trilogie handelte von der Erlösung des Prometheus. Bei Aeschylos wird die Befreiung des Titanen nicht allein dadurch möglich, daß Herakles, der Nachkomme der Zo, den Adler tötet. Prometheus kann vielmehr nur erlöst werden, wenn ein anderer sich für ihn opfert. Aeschylos läßt den Zentauren Chiron für ihn in den Tartarus gehen.¹ Erst von diesem freiwilligen Opfer ist die Versöhnung zwischen Zeus und Prometheus, zwischen der alten und neuen Ordnung, abhängig. Von einer solchen Versöhnung ist bei Hesiod noch nicht die Rede. Es heißt bei ihm nur, daß Prometheus durch Herakles nach dem Willen des Zeus befreit worden sei. Im älteren Mythos konnte eben eine Versöhnung der Gegensätze noch nicht zum Ausdruck kommen, da die Gegensätze noch zu schroff und fühlbar waren. Den Unterdrückten mußten die neue Ordnung, die neuen Rechte und Gesetze als hartes Joch, als unbezwingliches, unabwendbares Verhängnis erscheinen, das den Gedanken an eine Selbsterlösung und Versöhnung nicht aufkommen ließ. Eine Erleichterung und Befreiung konnte nur von der Seite des Siegers ausgehen, konnte nur durch seine Gnade erwartet werden.

Der Bedeutungswandel des Mythos, der in Aeschylos' Drama Gestalt gewinnt, läßt erkennen, daß die Gegensätze zwischen der alten und neuen Gesellschaftsordnung sich immer mehr ausgeglichen haben, das heißt, daß die alte in der neuen aufgegangen ist. Prometheus wird hier nun nicht nur befreit, sondern Zeus und Prometheus sind versöhnt. Als Sühne gilt das Opfer des Zentauren Chiron, der nach Bachofen als „der Vertreter einer gereinigten Lehre, in dieser aber auch vorzüglich als der Empfänger der Vater- neben der Mutterliebe dargestellt wird“.¹

Hier erkennen wir wieder den engen Zusammenhang der mythologischen Darstellung mit den sich verändernden Zuständen der Gesellschaft.

Der Dichter hat, wir wissen nicht, ob bewußt oder unbewußt, den vorhandenen Stoff mit mächtiger Gestaltungskraft umgeformt. In seinem Werke hat der uralte Gott Prometheus rein menschliche Züge gewonnen. Schon weht uns etwas von der Erkenntnis an, daß die Götter nicht allmächtig und ewig sind, daß der Mensch selbst seine Götter einsetzt und stürzt:

„Neu herrscht ihr in der neuen Macht und wähnt
Euch in der Burg der ew'gen Lust. Sah ich
Von da nicht zwei Tyrannen schon gestürzt?
Und diesen heut'gen seh ich's
Am schmachlichsten und schnellsten. Meinst du etwa,
Ich zitt'r' und bange vor den neuen Göttern?
Gar weit, wahrhaftig, bin ich davon fern!“²

Der gewaltige revolutionäre Geist, der die Menschheit befeuert und vorwärts drängt, kommt in dem Prometheus des Aeschylos zum erstenmal klar zum Ausdruck.

Die Betrachtung der Tragödie des Aeschylos hat uns auch in allen ihren Einzelheiten gezeigt, wie die Ideen und Vorstellungen jener ältesten Mythen erst dann für uns lebendig und verständlich werden, wenn wir ihren Zusammenhang mit der Gesamtkultur zu erkennen suchen, wenn wir ihre Entwicklung und ihren Bedeutungswandel aus der umwälzenden Praxis begreifen.

Ich möchte dieser Erkenntnisweise die eines älteren Forschers gegenüberstellen als Beispiel für den Unterschied der Methode sowohl, als der durch sie erzielten Resultate. (Schluß folgt.)

Der Textilarbeiterverband im Jahre 1908.

Das Jahr 1908 war für die deutschen Textilarbeiter ein Jahr der Entbehrungen und der bittersten Not. Schon in der zweiten Hälfte des Vorjahrs hatte die Krise eingesetzt. Aber noch waren es da nur die in der Hauptsache von den Vereinigten Staaten Amerikas abhängigen Zweige der Industrie, welche daniederlagen, so die Stickerei und Wirkerei Sachsens. Das Jahr 1908 aber brachte einen geradezu beispiellosen Niedergang aller Branchen im ganzen Reiche. Die Märkte waren gesättigt, das Angebot von Waren überstieg bei weitem die Nachfrage, die Rohstoffe sanken rapid im Preis. Die Maschinen wurden zu Tausenden stillgelegt, die Arbeitszeit ganz erheblich verkürzt. Die Folge war ein bedeutender Rückgang des Einkommens der ohnehin karg entlohnten Arbeiter.

In Zeiten einer niedergehenden Konjunktur konzentriert sich notwendig die Gewerkschaftspolitik auf die Abwehr der Angriffe des Unternehmertums und die Linderung der infolge Arbeitslosigkeit, Krankheit und anderer Ursachen hervorgerufenen Not der Proletarier. Enorme Kraftleistungen wurden hierdurch im verfloffenen Jahre auch dem Textilarbeiterverband auferlegt. Manche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hatten sich die Textilarbeiter in den Zeiten der Hochkonjunktur erkämpft. Trotz außerordentlich hoch geschraubter Lebensmittelpreise ging das rücksichtslose Unternehmertum mit dem Einsetzen der Krise in vielen Betrieben fast aller Branchen mit Lohnreduktionen

¹ Nach den Angaben von Weidner, Griechische Mythologie, I, Seite 760 bis 768 über den Inhalt des dritten Teiles.

² Bachofen, Mutterrecht, Seite 305 und Seite 158.

³ Aeschylos, Seite 57.

und sonstigen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen vor. Dort, wo die Arbeiter im Glauben an das gute Herz ihres „Brotgebers“ sich sorgsam der Gewerkschaft ferngehalten hatten, mußten sich die betrogenen Proletarier wohl oder übel den Anmaßungen der Unternehmer ohne weiteres fügen. Sie und da empörten sie sich, ließen die Maschinen stehen, verweigerten ihre Arbeitskraft, um bald vom Hunger bezwungen zähneknirschend in das alte Joch zurückzukehren. Dort aber, wo die notwendigen Vorbedingungen gegeben waren, stellte sich der Verband schützend hinter die Arbeiterschaft und versuchte — oft durch offenen Kampf — das Übel abzuwenden. Nicht in allen Fällen ist ihm das gelungen. Aber es zeugt von innerer Festigung und Kraft der Organisation, daß es ihr möglich war, ohne sich zu erschöpfen oder gar fremde Hilfe in Anspruch zu nehmen, mehr als 800 000 Mk. diesem Kampfe ihrer Mitglieder zu opfern. Der Verband hat in dem Ringen gegen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen seine gewerkschaftliche Pflicht in vollstem Maße getan. Auch dort, wo der beabsichtigte Zweck nicht oder nicht voll erreicht wurde, ist durch die große Kraftäußerung der Organisation der Boden für künftige Erfolge der Arbeiter vorbereitet worden.

Ebenso energisch, wie der Verband gegen Lohnreduktionen angekämpft hat, hat er die durch die Krise entstandene Not unter seinen Mitgliedern zu lindern gesucht. Wenn der Verdienst infolge verkürzter Arbeitszeit zurückgeht oder gar Arbeitslosigkeit den Ernährer der Familie wochenlang jedes Verdienstes beraubt; wenn der Unternehmer, wissend, daß die Krise seine Macht der Arbeiterschaft gegenüber sehr gesteigert hat, sich an den besten Kräften der verhassten Organisation rächt, indem er sie aus den wichtigsten Gründen auf die Straße wirft; wenn in weiterer Folge die ohnehin wenig widerstandsfähigen Arbeiter von den verschiedensten Krankheiten befallen werden und die blasse Not in die Arbeiterfamilien einzieht; dann erweisen die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes ihre wohlthuende Wirkung. Hohe Summen wurden als Kranken-, Arbeitslosen- und Gemäßregeltenunterstützung ausgezahlt. Zu den etwa 300 000 Mk. Krankenunterstützung kommen 80 000 Mk. Gemäßregeltenunterstützung. Die Arbeitslosenunterstützung, welche erst vom 1. Oktober 1908 ab gewährt wird, erfordert bereits zirka 130 000 Mk., ein Beweis, daß die Arbeitslosigkeit erheblich war, obwohl im allgemeinen aus verschiedenen Gründen Arbeiterentlassungen im großen Maßstab in der Textilindustrie nicht vorgenommen worden sind. Den Kollegen und Kolleginnen, welche den Ort verließen, um sich anderwärts Arbeit zu suchen, wurde 25 000 Mk. Reiseunterstützung ausgezahlt. Gemäßregelte, die mit ihren Familien fortzogen, erhielten extra Umzugsunterstützung. Etwa 9 000 Mk. wurden in Form von Sterbeunterstützung verausgabt, um den Hinterbliebenen der Mitglieder die Aufbringung der im heutigen Staate leider noch so hohen Kosten der Beerdigung eines Angehörigen zu erleichtern. Zu alledem kommt noch die von lokalen Verwaltungen und aus der Hauptkasse gewährte Notfallunterstützung, welche auf besonderen Antrag bei besonderen Notfällen an viele Mitglieder gezahlt wurde. Die angeführten Zahlen werden durch den Jahresabschluß noch mehr oder weniger berichtigt werden. Nach Fertigstellung des Jahresberichtes erhalten die Kollegen und Kolleginnen hiervon Kenntnis.

Das innere Verbandsleben war im ganzen Jahre ein sehr reges. In den ersten fünf Monaten waren es die der Leipziger Generalversammlung vorliegenden Anträge, welche in allen Filialen eingehende Diskussionen verursachten. In den folgenden Monaten wurde eine intensive Propaganda für die Leipziger Beschlüsse entfaltet, um so die Mitglieder mit ihrem Inhalt, wie mit den neuen Einrichtungen vertraut zu machen, um die Mutlosigkeit zu bannen und zu emsiger Weiterarbeit anzuregen. Trotz der scharfen Krise hat die Generalversammlung einen bedeutungsvollen Schritt nach vorwärts getan und zur weiteren Festigung und Gesundung des Verbandes beigetragen. Die wichtigste der gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen, die Arbeitslosenunterstützung, wurde durchgeführt. Die Mitglieder des Textilarbeiterverbandes genießen

nunmehr die Wohltaten aller in den modernen Gewerkschaften üblichen Unterstützungsarten. Ein mächtiges Bindemittel, das schon während der jetzt herrschenden Krise, noch mehr aber in der kommenden Zeit seine günstige Wirkung erweisen wird, hat sich der Textilarbeiterverband in der Arbeitslosenunterstützung zunutze gemacht. Die Befürchtungen, welche vielerorts gegen diese Einrichtung geltend gemacht wurden, haben sich schon heute als unbegründet herausgestellt. Obwohl nur bis 9 Mk. auf die Dauer von 10 Wochen gezahlt wird, wissen doch die Mitglieder, daß diese Unterstützung sie vor völliger Verschuldung schützt und so ihre Widerstandskraft gegen das Unternehmertum hebt. Weit entfernt, den Kampfescharakter der Organisation zu beeinträchtigen, wird die Arbeitslosenunterstützung ein starker Hebel wirksamen Kampfes werden. Gleichzeitig mit der Arbeitslosenunterstützung wurde eine abermalige Beitragserhöhung durchgeführt. Der niedrigste Beitrag für männliche Mitglieder beträgt seit 1. Juli 40 Pf. pro Woche; er kann von den einzelnen bis auf 60 Pf. gesteigert werden. Für Arbeiterinnen ist ein Wochenbeitrag von 30 Pf. zugelassen. Mit dieser Beitragserhöhung stellt sich der Verband würdig an die Seite aller übrigen Gewerkschaften. Die Frage der Beitragserhöhung ist nunmehr auf lange aus der Diskussion ausgeschieden. Die Finanzkraft der Organisation aber wird zweifellos durch die größeren Einnahmen sehr gesteigert. Ihre erhöhten Leistungen werden sicherlich erhöhte Anziehungskraft auf noch fernstehende Gruppen des Textilproletariats ausüben. Ganz besonders steht zu erwarten, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen von Branchen, welche dem Verbandsleben lange fernstanden, in den letzten Jahren aber in Bewegung gekommen sind — zum Beispiel die Baumwoll- und Kammgarnspinner und Andreher —, besser für den Verband gewonnen und von diesem festgehalten werden können. Ein intensives Eindringen in die für die einzelnen Branchen wichtigen und sie bewegenden Spezialfragen muß diese Entwicklung fördern. Zu diesem Zwecke wurden im verfloffenen Jahre fünf verschiedene Branchenkongresse abgehalten, und weitere sind für die nächste Zeit in Aussicht genommen. Auch in bezug auf die Arbeiterinnenagitation, die für den Textilarbeiterverband so wichtig ist, sind Beschlüsse gefaßt worden, welche den Anschluß der Arbeiterinnen an den Verband fördern werden. Indem eine ständige Fühlung einzelner weiblicher Vertrauenspersonen aus den verschiedenen Orten mit der Zentrale herbeizuführen versucht wird, ist der Weg gezeigt, der gegangen werden muß, damit eine systematische Propaganda unter den Arbeiterinnen durch Arbeiterinnen betrieben wird. Es ist Pflicht der Kollegen allerorts, hier helfend einzugreifen. Das Ziel, die Erweckung der nach Hunderttausenden zählenden Arbeiterinnen, ist des Schweißes der Edlen wert.

So ist der Verband der Textilarbeiter trotz äußerer Rückschläge doch vorwärts geschritten. Innerlich gestärkt und gekräftigt wird er künftig seine Wirksamkeit entfalten. Die Scharte, welche die furchtbare Krise geschlagen hat, wird bald wieder ausgeheilt sein. Der Verband war die einzige Schutzwehr der Arbeiter und Arbeiterinnen gegen die Angriffe des Unternehmertums. Auch für die Zukunft wird er seine Pflicht im Dienste der Arbeiterbewegung erfüllen.

D. Jäckel.

Das Ausland im Jahre 1908.

II.

Die Entwicklung, die der vorjährige Rückblick in den Ländern des entwickelten Kapitalismus zeigte, die Verschärfung der Klassengegensätze, die Rechtsbewegung der bürgerlichen Demokratie hat sich auch im Jahre 1908 fortgesetzt. Besonders deutlich tritt das in Frankreich zutage. Das rabellose Regiment ist ebenso unfruchtbar an sozialen Reformen gewesen, wie es eifrig war in der Verfolgung der Arbeiterbewegung und der Koalitionen der Beamten. Die Einkommensteuer, die Altersversicherung der Arbeiter sind noch immer Projekte, den Gesetzentwurf auf Abschaffung der Todesstrafe hat die Regierung vor der Revolte des Spießers feig aufgegeben. Da-

gegen hat sie auf ihrem Konto die Arbeitermegeleien von Ruon l'Etape, von Draveil, von Billeneuve, die Schreckensurteile gegen die Antimilitaristen, die Verhaftung der Gewerkschaftsführer, die allerdings schließlich wieder aufgehoben werden mußte. Die Allianz mit dem Parismus wurde aufs neue befestigt. Bei den Gemeindevahlen und Senatswahlen bildete sich ein antisozialistischer Block der Bürgerlichen, und total scheiterten die Versuche des linken Flügels der Radikalen, das Bündnis der Linksparteien, die Delegation der Linken, wieder zu beleben und so das vom Ministerium Clemenceau schändliche verleugnete radikale Programm wieder in Kraft zu setzen. Sie stießen auf den entschiedenen Widerstand des stärkeren rechten Flügels, der in der Politik Clemenceau die richtige Vertretung der Interessen jener bürgerlichen Schichten sieht, die er vertritt. Die geeinigte sozialistische Partei hat schon allein wegen der Spaltung der Arbeiterbewegung durch den syndikalistisch-anarchistenden Gewerkschaftsbund eine schwierige Stellung. Das abgelaufene Jahr brachte ihr keine großen, sichtbaren Erfolge, doch hat die innere Festigung und Klärung — so manches sie auch noch zu wünschen übrig läßt — Fortschritte gemacht.

Der englische Liberalismus hat unter dem Drucke der jungen politischen Arbeiterbewegung Englands etwas mehr geleistet als der französische Radikalismus. Das Alterspensionsgesetz und der Achteinhalbstundentag für die Bergleute wurden durchgebracht. Aber die Anzeichen des Verfalls des Liberalismus mehrten sich. Die Nachwahlen fielen fast sämtlich zu seinen Ungunsten aus, der Imperialismus und die Schutzollpolitik gewinnen in der Bourgeoisie ständig mehr Anhänger, das Haus der Lords, die Burg der Konservativen, wagte offenen Kampf gegen die Regierung, die nicht die Tatkraft zum energischen Vorgehen gegen die geborenen Gesetzgeber fand. Die wegen des Gegensatzes zu Deutschland ständig wachsenden Flottenrüstungen drohen die Staatsfinanzen zu zerschütten, während die sozialpolitischen Forderungen, die die Arbeiterpartei erhebt, ebenfalls vermehrte Ansprüche an den Staatsfächer stellen. Die feindliche Stimmung gegen die Arbeiterpartei wuchs und gearbete ein Urteil des Appellhofes, das den Gewerkschaften die Erhebung von Beiträgen für politische Zwecke verbietet. — Die Arbeiterpartei ist durch den Beitritt der gewerkschaftlich organisierten Bergleute numerisch bedeutend verstärkt worden. Die innere Entwicklung hat jedoch mit der äußeren nicht gleichen Schritt gehalten, und ihre Politik wurde demzufolge von den entschiedenen Sozialisten als zu zaghaft und zu wenig bestimmt getadelt. Die Auseinandersetzungen über das Programm und die Taktik der Arbeiterpartei dauern zurzeit noch fort.

In Osterreich stammte der Nationalitätenhader mehrfach wieder zu heller Lohe auf und brachte schließlich das Abgeordnetenhaus in Gefahr, in die Obstruktion zu verfallen. Die Sozialdemokratie rettete durch ihre Stimmen das von ihr erkämpfte Parlament des allgemeinen Wahlrechts, das Instrument, vermittels dessen die dringend nötigen sozialen Reformen durchgeführt werden müssen, vor der Arbeitsunfähigkeit und den Staat vor einer Neuauflage des verfassungswidrigen Zustandes. Sie entschied für die Dringlichkeit des Budgetprovisoriums, so daß es den Regierungsparteien möglich war, das Budgetprovisorium anzunehmen. — Der Klerikalismus ist im zielbewußten Fortschreiten zur Macht begriffen. — Die Christlichsozialen stürzten das Ministerium Beck und setzten eine ihrer Kreaturen, den Reaktionär v. Bienerth, auf den Ministerpräsidentensessel. Die Tötung des Statthalterers von Galizien, Grafen Potocki, durch den ruthenischen Studenten Siezinski warf ein grelles Schlaglicht auf die korrupte Gemaltherrschaft und den frechen Wahlterrorismus der polnischen Junkerschaft, der Schlachta. Von der furchtbaren Erbitterung der Ruthenen zeugte noch mehr als die Tat eines einzelnen die Aufnahme, die diese Tat in der ruthenischen Bauernschaft fand. Die österreichische Sozialdemokratie steigerte in erfolgreichen Reichsratsnachwahlen ihre Mandatsziffer auf 90, eroberte bei den niederösterreichischen Landtagswahlen mehrere Sitze, führte eine

kräftige Kampagne um die Demokratisierung des Landtagswahlrechts, die imposante Straßendemonstrationen brachte, und bewährte sich in den heftigen Kämpfen der nationalistischen Bourgeoisien als Trägerin des Programms nationaler Gerechtigkeit. Gegen die Annexion Bosniens erhob sie energischen Protest.

Im benachbarten Ungarn brach die korrupte Koalitionsregierung in schmachvoller Weise ihr Versprechen auf Einführung des gleichen Wahlrechts und legte stattdessen den Entwurf zu einem schmähhlichen Pluralwahlsystem vor, das das Proletariat und die nichtmagyarischen Nationalitäten in unerhörter Weise entrechtet. Die Krone machte diesen Wortbruch mit, geriet aber trotzdem wegen Heeresforderungen bald wieder in Differenzen mit den magyarischen Machthabern. Das Proletariat nahm in großen Massendemonstrationen den Kampf ums Wahlrecht auf und hatte sich auch sonst gegen die an Rußland erinnernde Willkür der Bureaucratie zu wehren. Am Schlusse des Jahres trat es in einen eintägigen Demonstrationstreik zum Protest gegen die Auflösung zweier großer Gewerkschaftsverbände.

Die schweizerische Demokratie hat deutlich gezeigt, daß sie ebensowenig wie die Demokratie in minder freiheitlichen Staaten über die Klassengegensätze hinwegkommt. In den Kantonen Bern und Zürich wurden in Volksabstimmungen Antistreichgesetze angenommen, gehässige Ausnahmegesetze gegen die kämpfende Arbeiterklasse. In dasselbe Kapitel gehört die Auslieferung des russischen Revolutionärs Wassiliew an die zarischen Schergen. Die Sozialdemokratie erfocht bei verschiedenen Wahlen mehr oder minder erhebliche Erfolge.

Italien sah den großen Landarbeiterstreik von Parma, der 30000 Ausständige umfaßte und elf Wochen dauerte, indes leider erfolglos blieb. Mehrere Megeleien streitender Arbeiter waren wieder zu verzeichnen. In Rom schossen die Carabinieri auf einen Arbeiterleichenzug und töteten vier Proletarier — ein mehrtägiger Streik der römischen Arbeiterschaft erhob gegen diese Brutalität lauten Protest. Der sozialpolitische Ertrag der Parlamentsarbeit waren ein Gesetz über die Sonntagruhe im Handel und ein Verbot der Nachtarbeit der Bäcker, das Gegenstück war ein Gesetz, das den Beamten die öffentliche Kundgebung regierungsfeindlicher Ansichten bei Strafe der Dienstentlassung verbietet. Für neue Militärausgaben werden 223 Millionen bewilligt — dagegen der sozialdemokratische Antrag auf Abschaffung der Kornzölle abgelehnt. — Auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu Florenz siegten die Reformisten, in deren Hände insolge dessen das Zentralorgan, der „Avanti“, überging. Die Syndikalisten traten aus der Partei aus und fanden Anschluß bei den Anarchisten. Bei Nachwahlen hatten die Sozialisten einige Erfolge zu verzeichnen.

In Rußland herrschte die Konterrevolution unter den Greueln des weißen Schreckens und unter der Mitarbeit der dritten Duma, die, auf Grund des Staatsstreichwahlsystems gewählt, eine kompakte Mehrheit der reaktionären Parteien aufweist, nämlich Vertretungen des Großgrundbesitzes und des Großkapitals. Der Galgen wurde nicht leer von Opfern, die sozialdemokratische Arbeiterbewegung mußte wieder zur „unterirdischen“ Tätigkeit, zur Geheimorganisation flüchten. Reformen sind nicht zustande gekommen, dagegen wurden der Regierung große Mittel für neue militärische Rüstungen und für den Bau der Armurbahn bewilligt. Nur in der Bewilligung der Summen für eine neue Flotte machte die Duma Schwierigkeiten. Mit Unterstützung der deutschen, französischen und englischen Kapitalisten wurden die Finanzschwierigkeiten notdürftig überwunden. In 17 Gouvernements des europäischen Rußland wütete die Hungersnot. Die wirtschaftliche Lage des Landes ist sehr trübe, der Staatskredit trotz der Allianz mit Frankreich und des Einvernehmens mit England so schlecht, daß die neue Milliardenanleihe in Frankreich und England zu erheblich schlechteren Bedingungen abgeschlossen werden mußte, als selbst die Kriegsanleihen. Ein Stück der furchtbaren Beamtenkorruption, die in der Zeit der Gegenrevolution fast noch üppiger als in der vorrevolutionären Periode wuchert, ent-

hüllte die Affäre des Gouverneurs Reinbott von Moskau, in der eine förmliche Partnerschaft der Polizei mit dem Verbrechen aufgedeckt wurde. — Die aus tausend Wunden blutende Sozialdemokratie hat trotz allem ihre Arbeit fortgeführt. In der Duma tat ihre kleine Vertretung ihr möglichstes und stellte sich mutig der kriegsgehenden panslawistischen Strömung entgegen, die aus den Balkanwirren Nahrung zog, und der sich der feige Liberalismus, die Kadettenpartei, sofort beugte. Die Gewerkschaften sind meist, die politischen Organisationen völlig auf geheimes Wirken angewiesen. Die sogenannte Intelligenz hat die Reihen der Partei fast völlig verlassen. Unererschrocken ist das Proletariat trotz allem auf seinem vorgeschobenen Posten gestanden.

Gegen die Unabhängigkeit Finnlands unternahm der Zarismus noch keine entscheidenden Schläge, doch fehlt es nicht an Anzeichen, daß er sie führen wird, sobald die Gelegenheit gekommen glaubt. Die Auflösung des Landtags änderte nichts an den inneren Verhältnissen; die Parteien treten in ungefähr derselben Stärke in das Parlament zurück. Die Sozialdemokratie behauptete sich glänzend und eroberte noch einige neue Sitze. Groß war die Wahlbeteiligung der Frauen.

Bei den Reichstagswahlen in Schweden eroberte die Sozialdemokratie 16 neue Sitze und brachte es auf über 80 Mandate. Da die Konservativen geschwächt, die Liberalen gestärkt wurden, eröffneten sich der Wahlreform günstigere Aussichten. — In Dänemark erlitt der rechte Flügel der Demokraten einen bösen Stoß durch die Aufdeckung der Riesenschwindereien seines Führers, des früheren Justizministers Alberti.

Die Sozialdemokratie Belgiens konnte die Annexion des Kongostaates vor den Kammerwahlen verhindern. Die Wahlen brachten ihr fünf neue Mandate, darunter zwei mit Hilfe der Liberalen. Da aber diese Verbündeten drei Sitze verloren, gelang es nicht, die liberale Mehrheit zu brechen. Immerhin sank sie von zwölf auf acht Stimmen. Nach den Wahlen ließ sich die Annexion des Kongo nicht mehr hintanhaltend. Belgien ist Kolonialstaat geworden, und Leopold II. und seine Clique haben auf Kosten der Belgier Millionen-gewinne geschnappt.

Die Ermordung des Königs und Thronfolgers von Portugal, eine Antwort auf das verfassungswidrige Gewaltregime, das der Ministerpräsident Franco etabliert hatte, zeigte den Herrschenden, daß Bajonette keine dauernde Sitzgelegenheit zu bieten vermögen.

Die Kampagne für die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten von Nordamerika deckte vielerlei über die Korruption in den Reihen der beiden großen kapitalistischen Parteien auf, in denen so mancher sitzt, der sich von den Unternehmervereinigungen, den Krüften, zur Vertretung ihrer Interessen kaufen läßt. Demokraten und Republikaner warfen sich gegenseitig ihre schmutzige Wäsche an den Kopf. Leider hat weder dies Schauspiel noch die feindliche Haltung der Gerichte gegen die gewerkschaftlichen Kämpfe des Proletariats die große Masse der Arbeiter zur Abwendung von den kapitalistischen Parteien zu veranlassen vermocht. In den Gewerkschaften machten sich zwar Anzeichen des Regimes selbständiger Arbeiterpolitik bemerkbar, doch endete die Gärung mit einem Witzgang des Präsidenten Gompers vom Arbeiterbund zu den Wahltagungen der bürgerlichen Parteien. Gompers empfahl darauf den Arbeitern, für den demokratischen Kandidaten zu stimmen, dessen Partei zwar von einer Anerkennung der Arbeiterforderungen weit entfernt war, aber doch ein wenig verbindlichere Redensarten für sie gefunden hatte als die Republikaner. Genügt hat das den Demokraten nichts, denn der republikanische Kandidat Taft siegte mit großer Majorität. Leider vermochte der sozialdemokratische Kandidat Debs seine Stimmzahl trotz eifrigster Agitation nur um einige Zehntausend über die 400000 Stimmen zu bringen, die er bei der Vorwahl erhielt. Während die Arbeiterfeindlichkeit der Bourgeoisie wächst, mangelt der großen Mehrheit des amerikanischen Proletariats noch das Klassenbewußtsein.

H. B.

Etwas vom Tabakarbeiterelend.

Nachdem die nach innen und außen völlig verachtete Politik Deutschlands ihr möglichstes getan hat, durch Militarismus, Plottenrüstungen und Kolonialwirtschaft die Reichskasse bis auf den Grund zu leeren, sollen wie immer die arbeitenden, die ausgebeuteten Massen des Volkes sie wieder füllen. Die sogenannte Reichsfinanzreform, die dem Reichstag vorliegt, ist, wie wir bereits gezeigt haben, nichts als ein Anschlag auf die Taschen der armen und kleinen Leute, die nicht bloß sparen, nein darben sollen, damit die Reichen und Satten nicht in ihren Geldsack zu greifen brauchen. Wir haben bereits nachgewiesen, daß verschiedene der Steuerpläne, wenn sie in die Praxis umgesetzt werden, sowohl die Lebenshaltung der Massen verteuern und verschlechtern, wie auch ihren Verdienst vermindern müssen. Kaum eine Kategorie von Arbeitern und Arbeiterinnen würde aber so hart mit dieser zwiefachen Rute gepeitscht werden, wie die Tabakarbeiterschaft. Kein Wunder daher, daß die furchtbar drohende Gefahr diese im ganzen Reiche aufrüttelte und selbst die Arbeiter und Arbeiterinnen aus ihrer lethargie riß, die bisher dumpf und stumpf ihre Lebenslast getragen haben und dem Kampfe ihrer Brüder und Schwestern fernblieben. Ein Heer von 168245 Arbeitern und Arbeiterinnen sieht sich einer beispiellosen Verschlechterung der Löhne und der Arbeitsbedingungen, ja zu vielen Tausenden dem Untergang preisgegeben, wenn die Steuerschraube gegen die Tabakindustrie fester angezogen wird. Nicht weniger als 758 Orte sind für ihr Schicksal mit dem Wohl und Wehe der Tabakarbeiterschaft verknüpft und werden also durch die Belastung der Tabakindustrie in schwere Mitleidenschaft gezogen.

In der Tabakindustrie treten üble Erscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise deutlich zutage: schonungslose Frauen- und Kinderausbeutung, schmachvoll niedrige Löhne, Heimarbeit mit all ihren Schädigungen für Einkommen und Lebensgestaltung, für Gesundheit, Bildung und Kampfstüchtigkeit. Weib und Kind müssen mitschulden, um dem Lohne des Mannes etwas hinzuzufügen, und was sie alle zusammen verdienen, ist zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben. Eine auffallend hohe Sterblichkeit der Tabakarbeiterschaft bezeugt die Sünden der kapitalistischen Ausbeutung. Das „letzte Stückchen Brot“ würde den Ärmsten durch eine Mehrbelastung des Tabaks vom Munde gerissen werden. Die Zahlen reden eine eindringliche Sprache.

Von den in Sachsen in der Tabakindustrie beschäftigten 80000 Arbeitern und Arbeiterinnen sind die Hälfte Heimarbeiter, das heißt Leute, die im allgemeinen viel weniger verdienen, als sie für ihren Unterhalt brauchen, und die sich deshalb nie ordentlich satt essen können. Und das obgleich ihre Arbeitszeit sehr lang ist. In Frankenberg arbeiten zum Beispiel 700 bis 800 Heimarbeiterinnen 8 bis 16 Stunden täglich. Ihre Löhne sind äußerst niedrig, die Wohnungen elend. In Hamburg-Ottensen sind ebenfalls fast nur Heimarbeiter zu treffen. 320 Arbeiter verdienen zusammen mit ihrer Frau nur 20 Mk. wöchentlich, und es kommen sogar Wochenlöhne unter 15 Mk. vor. In Ohlau (Schlesien) beträgt der Durchschnittslohn noch nicht 400 Mk. im Jahre. Hunde- und Pferdefleisch gelten da als Delikatesse. Die Not der Tabakarbeiter im Bezirk Minden wird durch die Feststellungen der Handelskammer über die Zahl der schulpflichtigen Kinder bezeichnet, die in der Tabakindustrie tätig sind. Sie beträgt 5822. Und wie viele Kleine werden der Kontrolle entgangen sein! Wie groß das Elend der Tabakarbeiterschaft Westfalens ist, erhellt am besten daraus, daß es selbst den Pastoren über die Hutschnur geht. So erklärte Pastor Bodelschwingh in einer Predigt auf Grund der Totenbücher: „Die Tabakarbeiter sterben früh, am ersten stirbt meist die Frau. Sterben sie nicht früh, so werden sie meist früh invalide.“ Die Kleinen kennen keine Kindheit. Schon in frühester Jugend müssen sie verdienen und lernen am eigenen Leibe die ganze Herrlichkeit der kapitalistischen Ordnung kennen. Im Maingau verdienen die Arbeiter und Arbeiterinnen 5 bis 7 Mk. wöchentlich. Und davon soll eine Familie leben!

Der Protest der Tabakarbeiterschaft dagegen, daß ihrer Industrie eine höhere Steuerlast aufgebürdet werden soll, ist um so begreiflicher, als sie ihre elende Lebenslage nicht allein der Ausbeutung ihrer „Brotgeber“ verdanken, sondern zum großen Teil auch der Tabaksteuer von 1879. Wenn zum Beispiel in Bremen vor 1879 die Kautabakarbeiter 40 Rollen auf ein Kilo brauchten (dort wird der Akkordlohn nach Gewicht berechnet), so werden die Rollen jetzt so dünn gemacht, daß sie 120 Rollen für denselben Preis fertigstellen müssen. Die Wanderlohnsteuer auf Zigaretten hat gleicherweise in den letzten Jahren für die Arbeiterschaft die verderblichsten Folgen gezeitigt. Die Zigarettenarbeiter können ein

Viel davon fingen. Die Einführung dieser Steuer 1908 hat eine furchtbare Arbeitslosigkeit nach sich gezogen. Die Maschinenarbeit ist selbst in solchen Fabriken eingeführt worden, in denen bis dahin ausschließlich Handarbeiter tätig waren. In Berlin wurden vor 1906 auf etwa 2000 Zigarettenarbeiter 1500 bis 1600 Handarbeiter beschäftigt. Jetzt gibt es dort nur noch 1500 bis 1600 Zigarettenarbeiter und -arbeiterinnen, unter denen sich 900 bis 1000 Handarbeiter befinden. Bei der Firma Garbatz ist seit Einführung der Wanderrolensteuer die Zahl der Arbeiter von 400 auf 180 bis 200 zurückgegangen. Hand in Hand mit der Abnahme der Arbeiterzahl in den Fabriken geht die Ausdehnung der Heimarbeit, welche billigste Arbeitslöhne ermöglicht. Für dieselbe Sorte Zigaretten, für welche die Firma Manoli-Berlin ihren heimischen Arbeitern und Arbeiterinnen 2,55 und 3,55 Mk. pro Tausend zahlt, erhalten ihre Heimarbeiter in Schneidemühl nur 1,60 bis 1,90 Mk. Durch reiches Tatsachenmaterial hat der Kongreß der Tabakarbeiter der Öffentlichkeit zum Bewußtsein gebracht, daß es ein Verbrechen ist, die Lage „der Armsten der Armen“, wie sie sich selbst nannten, noch schwerer gestalten zu wollen, als sie ohnehin schon ist. Ob die Tabakindustrie durch eine Wanderrolensteuer belastet wird oder durch irgend eine andere Form von Besteuerung, ganz gleich: die Folgen müssen für die Arbeiter der Industrie gleich verheerend sein.

Bürgerliche Abgeordnete, insbesondere die Freisinnigen, suchen die geängsteten Arbeiter mit dem billigen Troste zu beschwichtigen, daß sie gegen eine Wanderrolensteuer eintreten wollen. Damit wäre aber der Tabakarbeiter, selbst wenn die Herren Wort hielten, blutwenig geholfen. Diese würde daher übel daran sein, wollte sie sich auf das Verständnis der bürgerlichen Parteien verlassen. Um ihr tägliches Brot, ja ihr Leben gegen die Steuerfingern der Regierung zu verteidigen, ist sie auf die eigene Kraft angewiesen und auf die des gesamten gewerkschaftlich und politisch organisierten Proletariats. Das Glend der Tabakarbeiter ist im großen Umfang Frauenelend, Kinderelend. Die Genossinnen müssen daher überall kräftig die Protestbewegung der Tabakarbeiter unterstützen.

Energisch und treu wird die Sozialdemokratie die Interessen der Bedrückten im Reichstag verteidigen. Nur die kleine bürgerliche Partei der Polen noch will wie sie von irgend einer weiteren Belastung des Tabaks nichts wissen. Die Haltung der bürgerlichen Mehrheit im Reichstag ist zweideutig und läßt Verrat befürchten. Wie verständnislos und feindlich die bürgerlichen Parteien dem Wohle des arbeitenden Volkes gegenüberstehen, dafür ein Beispiel von Hunderten, die gleichsam auf der Straße liegen. Jüngst schleuderte der sozialdemokratische Abgeordnete Ströbel im preussischen Landtag die Anklage ins Gesicht, daß in Deutschland Zehntausende Arbeiter für sich und ihre Familien nicht einmal ein Einkommen von 900 Mk. jährlich haben. Die Rechte nahm diese Feststellung mit Höhngeächtern auf, ausgerechnet die Rechte, die sich zusammensetzt aus agrarischen Fleischt- und Brotwucherern, von denen manche für ihre Kennställe jährlich das Fehrsache und mehr ausgeben, als eine Arbeiterfamilie zu broden und zu beißen hat. Und die übrigen bürgerlichen Parteien haben den Schimpf dieses Gelächters geduldet. „Heger“ werden die Sozialdemokraten von den „Gutgesinnten“ genannt. Sei's drum! Die, welche die Partei der Arbeiterklasse so schmähen, sollen nur nicht vergessen, daß die Ausbeuter und Verteidiger dieser besten aller Welten selbst es sind, die durch ihre Tat- und Unterlassungssünden am Volke den Heger immer wieder neues Material liefern. Dem Treiben der Volksausbeuter und Volkstrenter gegenüber „hegt“ die Sozialdemokratie die Armen und Entrechteten zum Kampfe für Brot und Freiheit. Sie „hegt“ die Mühseligen und Beladenen gegen Vorurteile, Finsternis und Sklaverei, sie ruft ihnen täglich zu, daß es von ihnen abhängt, die Fesseln abzuschütteln, die ihnen tief ins Fleisch schneiden. Und daß sie in dieser Weise „hegt“, ist eine Vorbedingung dafür, daß die Massen zu höherer Kultur emporsteigen. Zusammenschluß und Kampf gegen den gemeinsamen Feind tut diesen not.

Mögen das auch die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen immer mehr beherzigen, denen gegenwärtig mit der Verschlechterung ihrer Arbeitsgelegenheit alle Plagen drohen. Der ungeheure Ernst der Lage muß ihnen zurufen, für menschenwürdiges Dasein und Befreiung zu kämpfen. Bis zum letzten Mann müssen sie der Gewerkschaft beitreten und der Partei der „roten Heger“, der Sozialdemokratie.

Aus der Bewegung.

Achtung, Genossinnen! In der Tagespresse habt ihr sicherlich den Aufruf gelesen, den der Parteivorstand, die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und die Zentral-Kommission der Tabakarbeiter Deutschlands erlassen haben. Der Aufruf wendet sich an alle Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Unterschied des Glaubens, der gewerkschaftlichen und politischen Richtung und fordert sie auf, die **Protestbewegung der Tabakarbeiter gegen eine Mehrbesteuerung des Tabaks** mit aller Energie zu unterstützen. Die Tabaksteuer von 1879 hat 20000 Tabakarbeiter brotlos gemacht, die Lebenslage der gesamten Arbeiterschaft der Tabakindustrie tief herabgedrückt, ihre gewerkschaftliche Organisation geschädigt, ihre Energie und Kampfeslust geschwächt. Die nämlichen unheilvollen Folgen sind unausbleiblich, wenn das von der Regierung geplante Attentat auf die Tabakarbeiter gelingt. Und diese Folgen werden auch die Lebenslage anderer Arbeiterarten bedeutend schlechter gestalten. Die Tabaksteuervorlage muß daher an dem geschlossenen Protest des gesamten Proletariats zerbrechen. „Kein Arbeiter, keine Arbeiterin kann und darf dulden, daß so große Massen zu Ruin degradiert werden.“ Und „Unsere Interessen sind eure Interessen“, heißt es im Aufruf. Dafür zu wirken, daß dieser Appell ein wichtiges Echo findet in den breitesten Schichten der Arbeiter und Arbeiterinnen, das laßt euch angelegen sein, Genossinnen! Setzt eure ganze Energie, eure ganze Kraft darein, den Schlag abzuwenden, der vielen Zehntausenden eurer Schwestern und Brüder droht, der aber rückwirkend auch euch, das gesamte Proletariat trifft! Unterstützt die eingeleitete Protestbewegung in jeder Weise.

Von der Agitation. Breslau. Die Agitation unter den Frauen, die durch die Krise gehemmt wurde, soll hier nunmehr in größerem Maße durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke finden abwechselnd alle 14 Tage öffentliche Frauensammlungen und kleinere interne Veranstaltungen statt. Die ersteren sollen die breiten Schichten der arbeitenden Frauen über die Ziele unserer Bewegung aufklären und damit der Partei neue Mitglieder zuführen. Die letzteren dienen zur theoretischen und praktischen Schulung der Genossinnen. Die Neuerung wird sich sicher nach beiden Richtungen als zweckmäßig erweisen, wenn die Genossinnen und Genossen dabei ihre ganze Kraft in den Dienst der Sache stellen. Rls.

Münberg. Eine gut besuchte öffentliche Frauensammlung wurde am 26. Januar in der „Grünen Flur“ abgehalten. Genossin Grünberg sprach über das Thema: „Die Frauenbewegung und ihre Ziele“. Für die Zeit bis zum 30. März sind noch weitere sieben Versammlungen in verschiedenen Teilen der Stadt einberufen worden, in denen Genossin Grünberg dasselbe Thema behandeln wird. Zweck der Veranstaltungen ist, weitere Kreise der proletarischen Frauen aufzuklären und der Organisation zuzuführen. +

In **Ehrenfeld-Köln** fand am 2. Februar eine gut besuchte Frauensammlung statt. Die Vertrauensperson, Genossin Schütz, gab einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Genossinnen im verflossenen Jahre und wurde bei der notwendigen Neuwahl einstimmig wieder mit dem Amt betraut, da sie durch ihr umsichtiges Walten die Bewegung gefördert hat. Sodann referierte Genosse Böttger über das Thema: „Das Interesse der Frauen an der Arbeiterversicherung“. An den lehrreichen und interessanten Vortrag schloß sich eine lebhaft diskutierte Diskussion. Durch unerermüdliche Agitation wollen auch wir in Ehrenfeld die Frauen immer mehr für den großen Kampf des Klassenbewußten Proletariats gewinnen. „Es muß doch Frühling werden“, trotz all den Unbilden der kapitalistischen Gesellschaft und den Stürmen der Reaktion!

Gmünd. Welche Schwierigkeiten die proletarische Frauenbewegung bei uns zu überwinden hat, können die Leserinnen der „Gleichheit“ am besten beurteilen, wenn sie erfahren, wie die frommen Hirten von der Zentrums-Partei und ihre gläubigen Anhänger die Agitation unter den Frauen Gmünds betreiben. Daß die Kapläne den Religionsunterricht in der Schule dazu mißbrauchen und herabwürdigen, um den Kindern vor den Sozialdemokraten graulich zu machen, ist nichts Besonderes. Diese Praktiken gedeihen überall, wo die Kirche ihre Schatten hinwirft. Aber nicht überall dürfte es vorkommen, daß die schulpflichtigen Kinder so strupellos wie in Gmünd zu Agitationsarbeiten für das Zentrum verwendet werden, also für die Partei, mit deren Hilfe den proletarischen Kleinen Brot und Fleisch verteuert worden ist, mit deren Hilfe unserer Jugend das Recht der politischen Betätigung geraubt wurde. So werden zum Beispiel Mitgliedsbücher des katholischen Müttervereins, die gar nicht verlangt worden sind, in der Schule verteilt, und die Kinder müssen sie in den Straßen austragen. Diese Bücher werden von den Frauen oftmals nicht

zurückgewiesen. Bedauerlich und doch erklärlich genug. Manch eine Familie ist von der privaten Mildtätigkeit der Besessenden abhängig, und die scheint nicht wie die Sonne über Gerechte und Ungerechte, sondern sie kommt nur braven Schäfflein zugute. Die christliche Wohltätigkeit und Barmherzigkeit ist eine Fessel, die das werktätige Volk an den Wagen des Rückschlittes fesselt, die es im Joche der Ausbeutung erhalten soll. Die Aufgabe unserer Genossinnen und Genossen muß es sein, die Frauen immer wieder darauf hinzuweisen, daß sie sich mit Hilfe einer starken Organisation bald mehr und Besseres erkämpfen können als die Profamen, die man ihnen heute aus Gnade als Almosen zuwirft. Die Organisation, welche dieses Ziel verfolgt, finden die Proletarierinnen aber nicht bei den muckerischen Dunkelmännern und Wetschwestern, sie tritt ihnen nur entgegen in Gestalt der Vereinigungen, welche die aufgklärten Arbeiter und Arbeiterinnen selbst schaffen. In solchen Organisationen ist der Platz aller Frauen, die von Arbeit, Sorge und Entbehrungen gedrückt eine bessere Zukunft für sich und die Ihrigen ersehnen.

Natalie Liebknecht.

Überraschend schnell ist ein Leben zur Rüste gegangen, das reich und glücklich in jenem hohen Sinne gewesen ist, als eine in der Sonne der Liebe und in rauhen Lebensstürmen gereifte Entwicklung und Betätigung der Geistes- und Herzensgaben reich und glücklich macht. Natalie Liebknecht, die tapfere, aufopfernde Lebensgefährtin unseres unvergeßlichen „Alten“ ist nicht mehr. Ein sanfter Tod hat sie aus dem Kreise der Verwandten und Freunde entführt, mit denen sie in herzlicher Zuneigung und geistiger Harmonie verbunden war.

Es war Natalie Liebknecht nicht an der Wiege gesungen worden, daß der größte und der beste Teil ihres Lebens hinter den Wagenbürgen des kämpfenden Proletariats verlaufen sollte. Als Tochter des Hofgerichtsadvokaten Meh in Darmstadt, eines Mitglieds der Frankfurter Nationalversammlung, unseligen und lächerlichen Angedenkens, war sie in dem Frieden einer geschützten bürgerlichen Existenz aufgewachsen und hatte eine treffliche geistige Bildung empfangen, die selbstverständlich von bürgerlichen Anschauungen getragen war. Da begegnete sie sich im Hause Ludwig Büchners, des Verfassers von „Kraft und Stoff“, mit Wilhelm Liebknecht, den die Agitation für die Wahlen zum Zollparlament im Frühjahr 1868 nach Süddeutschland geführt hatte. Das Zusammentreffen wurde für beide entscheidend, ihr Schicksal war fortan nur eines.

Kein stilles, umfriedetes Heim nahm die junge Frau zu kündelnden Pfitterwochen auf. Wilhelm Liebknecht war noch nicht lange aus der Londoner Flüchtlingskolonie in die Heimat zurückgekehrt und hatte sich hier sofort als revolutionärer Vorkämpfer des sich sammelnden Proletariats in den heißesten politischen Streit gestürzt. Er war ein Behälter und Sehender, ja geradezu ein Sechender. Die Not und Schwere seines Kampfeslebens hatte ihm vorzeitig die Jugendgeliebte entrisen, die ihm als Gattin ins Exil gefolgt war. Seine Häuslichkeit war nicht viel mehr als ein Zeltlager, in dem zwei verwaiste Mädchen nach Mutterpflege und Mutterliebe verlangten. Der Existenz fehlte jede gesicherte Grundlage; Liebknechts Einkünfte als Schriftsteller und Vortragender waren mehr als winzig, und das Gehalt, das er später als sozialdemokratischer Redakteur bezog, würde heute niemand dem letzten Laufburschen in der Expedition eines Parteiblattes zu bieten wagen. Not und Sorge hauchten Natalie, der „Tochter aus gutem Hause“, den Willkommensgruß ins Gesicht, kaum daß sie die Schwelle ihrer neuen Heimat überschritten hatte, und sie blieben lange Jahre ihre treuesten Begleiterinnen. Die ökonomische wie die moralische Verantwortlichkeit, die auf ihren Schultern ruhte, wuchs mit jedem der fünf Buben, die sich im Laufe der Zeit zu den zwei Mädchen gesellten. Es war Natalie Liebknechts Stolz und Glück, mit nimmer rastender Tatkraft und Hingebung an die Ihren, an das, was ihr als Weib und Mutter heilige Lebensaufgabe dünkte, trotz der harten Ungunst der äußeren Verhältnisse ein behagliches Familienleben zu schaffen, das als Quiebörn dem leidenschaftlichen Kämpfer die Kräfte stärkte und die junge Brut gesund, stark an Leib und Seele heranwachsen ließ. Wie viel mußte sie nicht entbehren, tragen und auch — tapfer „umlernen“, um dieses Ziel zu erreichen. „Der Dienst der Freiheit ist ein schwerer Dienst“, nicht bloß für die Freiheitshelden selbst, auch für die Ihrigen. Natalie Liebknecht erfuhr das im reichsten Maße. Zweimal zertrümmerten die Stürme, welche über die junge sozialdemokratische Arbeiterbewegung dahinbrauseten und ihre Führer am härtesten trafen, die bescheidene Häuslichkeit, welche Frau Natalie mit unendlicher Liebe und hohem Sinne aufgebaut hatte. Nur wenige Jahre nach ihrer Verheiratung brach der Deutsch-Französische Krieg aus, und das mutvolle Bekenntnis zu dem sozia-

listischen Ideal der internationalen Brüderlichkeit des revolutionären Proletariats, das Bebel und Liebknecht in den Zeiten des weißglühenden Chauvinismus ablegten, entfesselte Fluten des Hasses und der Verfolgungen gegen die Kühnen. Der Hochverratsprozess ward eingeleitet und schloß nach einer strengen Untersuchungshaft von 100 Tagen mit der Verurteilung zu zwei Jahren Festung, welche Liebknecht und Bebel in Hubertusburg verbüßten. Einige Jahre später, und das Sozialistengesetz schüttete seine bösesten Schrecken auch über die Familie Liebknecht aus. Wie früher die Besuche von Weib und Kindern in Hubertusburg, so führten nun zehn Jahre lang die sonntäglichen Ausflüge nach Vordorf die Familie zusammen. Viel Rührendes und Erhebendes, Tapferes und Heiteres haben in diesen Zeiten die Wände des Bauernhauses gehört, gesehen, in welcher Liebknecht eine Zuflucht gefunden hatte.

Die Liebe hatte Natalie Liebknecht in das Lager des kämpfenden Proletariats geführt, die Überzeugung ließ sie hier heimisch werden. Das innerlichste Weiterleben der Ideen, die den geliebten Mann bewegten, der Ziele, für die er sich ganz einsetzte, machten sie zur Genossin, und eifrige Lektüre vollendete, was das Gefühl begonnen hatte. Die Wunden, die der Kampf ihr und den Ihren schlug, trug sie darum ohne Zammern und Bitterkeit mit dem hohen Mut des Glaubens an eine große Sache, der sie in ihrer Weise diente. Und wahrlich, sie hat sich um die große Sache des Proletariats wohl verdient gemacht. Indem sie die Hauptlast der Haus- und Erziehungsorgen auf ihre Schultern nahm, indem sie dem ungestümen Kämpfer eine Stätte der Ruhe und Rast bereitete, hat sie dem vorwärtsstürmenden Heerhaufen der proletarischen Klassenkämpfer ihren ältesten hervorragenden Führer bis ins hohe Alter hinein in jugendlicher Frische und Mütigkeit erhalten. Was der „Soldat der Revolution“ uns gewesen ist und bleibt: das ist in hohem Maße auch der Frau geschuldet, die in hochherziger Gesinnung sein Los in den schlimmen Tagen geteilt und gemildert hat.

Nach vielen Lebenshärten war Genossin Liebknecht ein milder Lebensabend beschieden. Mit stolzer Freude verfolgte sie den Vormarsch des kämpfenden Proletariats, wertete sie die Verehrung und Liebe, welche die dankbaren Massen für den „Alten“ bekundeten, sah sie das prächtige Emporbühen ihrer Kinder. Aus dem Rückblick auf die Vergangenheit und dem Ausblick auf die heranreifende Zukunft ward ihr die Kraft, Liebknechts jähren Tod mit Fassung zu tragen. Und als sich für die Mutter erneuerte, was einst das junge Weib erfahren, als Karl Liebknecht dem Vater gleich wegen angeblichen Hochverrats für lange Monate hinter Festungsmauern verbannt wurde: kannte sie weder feiges Verzagen, noch unwürdiges Klagen. Ihre Überzeugungstreue, ihr Bürgerstolz war nicht geringer als ihre Mutterliebe, und in Zeiten, die einen unvergänglichen Adel der Gesinnung atmeten, durfte sie sich mit Recht rühmen, ihre Kinder zu aufrechten, wahrhaftigen Männern, zu würdigen Trägern des Vaternamens erzogen zu haben.

In den revolutionären Stürmen, welche die Zukunft für das Proletariat in ihrem Schoße trägt, kann dieses neben der streitbaren Kämpferin auch des stillen weiblichen Heldentums nicht entraten, das Natalie Liebknechts Leben so hoch über die enge Sphäre Kleinbürgerlichen Afschenputtelums emporgehoben hat. So ist den Proletarierinnen ihr Schicksal nicht bloß ein dankbares Gedenken an vergangene große Tage, sondern eine lebendige Mahnung zur Tat. Es hat die Werte gezeigt, welche für den proletarischen Befreiungskampf auch die Frau einsehen kann, der Natur und Umständen es versagen, das weiche Herz mit Erz gepanzert in die Schlacht zu ziehen.

Wenn wir alle, die wir ihres Wesens Freundlichkeit erfahren haben, die wir als Freunde die Zartheit und Stärke dieses Herzens kannten, mit Immortellen in den Händen an Natalie Liebknechts Grab treten, so ziemt es dem kämpfenden Proletariat, hier einen vollen Lorbeerzweig niederzulegen.

Politische Rundschau.

Der Ausgang der Wahlrechtsdebatten im preussischen Dreiklassenhaus hat wieder einmal gezeigt, daß die Arbeiterklasse in der Wahlrechtsfrage von den bürgerlichen Parteien so gut wie nichts zu erwarten hat. Obgleich die Parteien, die sich als Gegner des Dreiklassenwahlrechts geben, die Mehrheit im Landtag haben, kam nicht einmal ein Beschluß für das geheime und direkte Wahlrecht zustande. Mit drei Stimmen Mehrheit fielen selbst diese sehr gemäßigten Anträge, weil die tapferen und eifrigen Bekämpfer des Klassenwahlrechts so arg schwänzten, daß die Junger aus der Minderheit zur Mehrheit wurden. Daß der freisinnige und der polnische Antrag auf gleiches Wahlrecht fielen, verfehlt sich am Rande. Die Nationalliberalen möchten zwar das die Junter be-

günstigende Dreiklassenwahlrecht beseitigt haben, dafür aber an seine Stelle das Pluralwahlrecht gesetzt sehen, das zu ihren Gunsten ausschlägt. Das Zentrum vertritt zwar das gleiche Wahlrecht, will aber die veraltete ungleiche Wahlkreiseinteilung beibehalten, die ihm ein Schock Mandate sichert. Und dabei sind seine und des Freisinnigen Begeisterung für das gleiche Wahlrecht auch nicht viel mehr als schöne Aushängeschilder, wie das laue Auftreten beider Parteien in den Verhandlungen und ihr Fernhalten vom Wahlrechtskampf außerhalb des Parlaments nur zu deutlich zeigt. Wie niedrig und zugleich wie richtig die Junker den Eifer des Zentrums in dieser Sache einschätzen, das zeigte mit grimmiger Deutlichkeit die Rede des Konservativen v. Richthofen. Neben der Drohung an die Adresse der Regierung, daß die Konservativen das Klassenwahlrecht gegen jedes Ministerium verteidigen werden, enthielt sie eine förmliche Liebeserklärung an das Zentrum, mit dem die Kröcher, Richthofen und Pappenheim lieber heute denn morgen „auf dem gemeinsamen Boden des Christentums“ zusammentreffen, das heißt unverfälschte reaktionäre Politik zur Ausbeutung und Unterdrückung der Massen treiben möchten. Wüßigartig wurde die Situation durch den treffenden Zwischenruf des Genossen Hoffmann an die Freisinnigen beleuchtet: „Da haben Sie die Kündigung!“

Damit hätte eben auch der Blokkanzler den Abschied erhalten. Aber dieser Schweigsame, der den Schlingen der noch immer eifrig gegen ihn arbeitenden Kamarillen bislang geschickt auszuweichen vermochte, sucht immer neue Auskunftsmitel, um sich zu halten. Nachdem die Junker ihn wegen der Nachlaßsteuer bis vor kurzem wütend beschuldigt haben, brachte plötzlich die „Kreuzzeitung“ die Meldung, daß die Mißverständnisse beseitigt seien, die sich zwischen dem Kanzler und den Konservativen aufgetan hatten. Ob das heißt, daß die Regierung die Nachlaßsteuer aufgegeben, daß sie sich mit den Junkern auf eine tüchtige Verstümmelung des Entwurfs geeinigt hat, das werden die nächsten Tage zeigen. In der Finanzkommission des Reichstags haben die Konservativen jedenfalls mit dem Zentrum die Nachlaßsteuer radikal bekämpft, die vom Reichsschatzsekretär und den Finanzministern der Einzelstaaten verteidigt wurde. Es gibt zu denken, daß die Herren am Sonnabend den 6. Februar in der Kommission beantragten, die Abstimmung über den entscheidenden § 1 der Nachlaßsteuer bis zur Durchberatung des Erbschaftsteuerergesetzes auszuschieben. Es wird also offenbar hinter den Kulissen an einer Verständigung gearbeitet.

In der Wahlrechtsfrage denkt Bülow offenbar auch vor den Junkern zurückzuweichen. Am 30. Januar brachte das offiziöse Bülowblatt, die „Nordd. Allg. Ztg.“, einen Artikel, worin aus der Ablehnung der Wahlrechtsanträge im Landtag der Schluß gezogen wurde, daß die Wahlreform damit vorläufig vertagt sei, bis sie mit Aussicht auf Erfolg wieder aufgenommen werden könne. Die preussische Arbeiterklasse hat indes der Regierung auf diese Vertagungsabsicht sofort die richtige Antwort gegeben. Am Sonntag den 31. Januar fanden in zahlreichen preussischen Städten große Straßendemonstrationen für das gleiche Wahlrecht statt. In Hannover und Stettin ist es dabei zu blutigen Zwischenfällen gekommen. Die Polizei dieser beiden Städte konnte sich nicht enthalten, auf durchaus friedliche Demonstrationen mit dem Säbel einzuhamern, so daß es zahlreiche Verwundete, zum Teil erheblich Verwundete gab. Indes, ebensowenig wie das Arbeiterblut, das im Vorjahr zu Berlin floß, den Wahlrechtskampf des Proletariats aufgehalten hat, ebensowenig wird dies das Blut tun, das in Hannover und Stettin die Straßen färbte. Im Gegenteil!

Berlin sah in diesen Wochen den Kongreß der Bergarbeiter in seinen Mauern, der die Forderung nach besserem Schutz vor den Gefahren des Bergbaus, nach Arbeiterkontrolleuren und Reichsberggesetz in wuchtiger Kundgebung wiederholte. Die Regierung hatte zu diesem Arbeiterparlament ebensowenig einen Vertreter entsendet als zum Kongreß der Tabakarbeiter. Sie will die Klagen und Proteste der Arbeiter nicht hören, ihre Sorge gilt den Unternehmern und vor allem den Junkern. Wegen die heimtückischen Schwarzen Listen der Grubenbesitzer, die den mißliebigen Arbeiter heimlich ächten und auf viele Monate brotlos machen, kann diese Regierung angeblich nichts tun. So erklärte der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg in der Reichstagsitzung vom 29. Januar. Wegen die Lohnkämpfe der Arbeiterschaft haben dagegen Regierung, Justiz und Polizei noch allemal Handhaben über Handhaben gefunden.

Das preussische Dreiklassenhaus lehnte, wie zu erwarten war, den Antrag ab, die Regierung auszufordern, den Genossen Lieblincht während der Tagung des Landtags aus der Festungshaft zu entlassen, damit er sein Mandat als Volksvertreter ausüben könne.

Im angeblich liberalen Oldenburg ist von der Landtagsmehrheit statt einer Wahlreform eine Wahlrechtsverschlechterung gemacht worden. Agrarier und Auchliberale haben ein Pluralwahlrecht geschaffen, das nun an die Stelle des bisherigen indirekten gleichen Wahlrechts tritt.

Eine furchtbare moralische Stümpfung des zarischen Verbrechenregiments bedeutet die Entlarvung des langjährigen Führers der russischen Sozialrevolutionäre Azew als Vorkipfel der russischen Regierung. Azew, der zahlreiche terroristische Akte mit vorbereiten und in Szene setzen half, hat Hunderte von Sozialrevolutionären ans Messer geliefert. Besonders niederdrückend ist die Behauptung, daß er die sozialrevolutionäre Bewegung mehrfach zum unbewußten Werkzeug der sich befehdenden, um die Macht ringenden Eliten am Zarenhof gemacht hat. So sind die Attentate auf den Minister Plehwe und den Großfürsten Sergius das ureigenste Werk der russischen politischen Polizei gewesen, weil gewisse mächtige Personen — im Falle Sergius die Trepow und Konsorten — die Ermordung der ihrer Macht Gefährlichen wünschten. Bezeichnend für das Schuldbewußtsein der russischen Regierung ist, daß sie nicht die Beamten verhaften ließ, die mit Azew in Verbindung standen, die also seine Mitschuldigen sind. Dagegen hat sie den früheren Chef der politischen Polizei, Lopuchin, festnehmen lassen, der von der Verbindung Kenntnis erhielt, und den man beschuldigt, den Sozialrevolutionären die Rolle Azews enthüllt zu haben. — Der Fall Azew bedeutet einen vernichtenden Schlag für die Taktik des Terrorismus, die die Sozialrevolutionäre vertreten, gleichzeitig aber einen energischen Hinweis darauf, daß es zur Umwälzung des russischen Regiments der Massenaktion bedarf. Aufklärung und Organisation der Arbeitermassen und alle Formen des Massenkampfes, die sich aus der politischen Lage und der Reife des russischen Proletariats ergeben: das muß die Lösung sein. Ihr entspricht die Taktik, welche die russische Sozialdemokratie seit je dem Terrorismus der Sozialrevolutionäre entgegengesetzt hat.

In England tagte der Kongreß der Arbeiterpartei. Er nahm eine Resolution für die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel an, was aber nicht viel besagen will angesichts der Gleichgültigkeit, mit der die meisten Delegierten solche theoretische Fragen behandeln. Viel bedeutsamer ist ein anderer Beschluß, der den Kandidaten der Partei vorschreibt, nur als Arbeiter, nicht als sozialistische Kandidaten aufzutreten. Die Taktik des Parteivorstandes wurde gegen die Angriffe des kleinen sozialdemokratischen Flügels von der übergroßen Mehrheit der Delegierten gebilligt, die Aufstellung eines Programms abgelehnt. Ob bei dieser Taktik die Arbeiterpartei ihre Unabhängigkeit vom Liberalismus bewahren kann, und ob sie der Entwicklung zum Sozialismus förderlich sein wird, wie einige englische Sozialisten hoffen, das darf man wohl billig bezweifeln.

Der österreichische Reichsrat ist am 6. Februar plötzlich geschlossen worden, da ihn die Radaustruktion der bürgerlichen Tschechen, die geringfügige nationalistische Beschwerden zum Vorwand nahmen, arbeitsunfähig machte. Der Ausbau der Arbeiterversicherung wird dadurch wieder hinausgeschoben und die Gefahr rückt näher, daß die Regierung schließlich zur Ausschaltung des Parlaments und zur Diktatur auf Grund des § 14 der Verfassung greift. Jedenfalls hat das Ansehen des Parlaments bei allgemeinen Wahlrechts einen starken Schlag erlitten, was sehr bedauerlich ist, da es zurzeit das einzige Mittel zur Reformierung des rückständigen Staatswesens darstellt. Die Obstruktion der tschechischen Bürgerlichen ist um so unverständlicher, als sie gerade in dem Moment neu einsetzte, da die Regierung durch Vorlegung eines Sprachengesetzes für Böhmen einen Versuch zur Lösung der nationalen Wirren machte.

In Italien haben bei Siena Gendarmen auf Mitglieder einer Bauernliga geschossen und zwei Mann getötet. In Attigliano war ein Pächter wegen der Holzgerechtfame mit der Landarbeitergewerkschaft in Differenzen geraten. Er schoß zwei von den ruhig sich entfernenden Arbeitern nieder und verwundete einen dritten, der ihm dann in der Notwehr die rechte Hand abhakte. Der Verwundete, der den Mörder unter eigener Lebensgefahr unschädlich machte, wird jetzt auf dem Krankenbett polizeilich überwacht. Ein charakteristisches Bild der Gerechtigkeit im Klassenstaat!

H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Ein Stück brutalsten Unternehmerterrorismus mußte neulich im Reichstag Spiebruten laufen. Die besonders in den Kreisen der Grubenbarone beliebte Taktik der Auszehrung mißliebiger Arbeiter hatte derartige Dimensionen angenommen, daß sich sogar das

Zentrum gezwungen sah, das System der Schwarzen Listen durch eine Interpellation im Reichstag unter Anklage zu stellen. Die Grubenbesitzer behaupteten bekanntlich, die Schwarzen Listen nur eingeführt zu haben, um dem Kontraktbruch der Bergarbeiter wirksam begegnen zu können. Das massenhaft zusammengetragene Material über die Praxis der Schwarzen Listen erweist jedoch diese Behauptung als eitel Schwindel. Auf den Listen stehen mit Vorliebe die Namen solcher Arbeiter, die sich durch ihre politische oder gewerkschaftliche Tätigkeit oder auch bloße Vereinszugehörigkeit den Zorn der hochmögenden Bergfronherren zugezogen haben. Was übrigens den Kontraktbruch anbetrifft, so erscheint er in den meisten Fällen nur zu begreiflich. Selbst der Zentrumsredner mußte das anerkennen. Viele Arbeiter werden aus dem Osten unter gleichen Versprechungen nach dem Westen gelockt und machen dann hier die bittere Erfahrung, daß sie nicht allein unmenschlich schufteten müssen, sondern auch nicht den versprochenen Lohn erhalten. Die Anklagen des Zentrums und der Sozialdemokratie klangen in der Forderung aus, daß die Gesetzgebung gegen die gemeingefährlichsten Auswüchse des kapitalistischen „Herrenrechts“ einschreiten müsse, wobei es sich am Rande versteht, daß die Partei der Arbeiter diese Forderung viel nachdrücklicher und wichtiger vertrat als das Zentrum, das gar vielen Herren dient und für die Ausgebeuteten nicht mehr übrig hat, als es gerade übrig haben muß. Der Regierungsvorsteher hatte für die Forderung kein williges Ohr. Zwar schwang er sich zu einer schwächlichen Verurteilung des Kampfmittels der Schwarzen Listen auf, erachtete aber, daß es so wenig verboten werden könne wie der Boykott auf der anderen Seite. Ein Staatssekretär braucht die Verhältnisse nicht zu kennen, welche einen großen Unterschied zwischen Schwarzen Listen und Boykott bewirken; er braucht auch nichts von der ganz verschiedenen Behandlung zu wissen, welche die Gerichte des Klassenstaats den beiden Kampfmitteln angedeihen lassen: strengstes Vorgehen gegen die Versuche von Arbeiterverbänden, den Boykott zu verhängen, dann verständnisvolle Toleranz für die Schwarzen Listen der Unternehmer, die höchstens „gegen die guten Sitten verstoßen“. Eine Änderung der Gewerbeordnung im Sinne der Arbeiterinteressen ist nicht zu erhoffen. Unternehmerterrorismus bleibt Trumpf in Deutschland, wo die Kapitalmacht herrscht.

Der selbe Staatsminister, der fürsorglich den Mantel christlicher Liebe über die brutalsten Kampfeskniffe der Kohlenbarone, der Kapitalmagnaten überhaupt deckt, darf auch das Verdienst in Anspruch nehmen, die Unternehmer zur Gründung eines politischen Arbeitgeberverbandes ermuntert zu haben. Herr v. Bethmann-Hollweg empfand das Nichtbestehen einer solchen politischen Organisation als einen schweren Mangel, dem abzuwehren sich die Arbeitgeberverbände schleunigst bemühten. Sie gründeten einen politischen Arbeitgeberverband in Rücksicht auf das satism bekannter „Nationalwohl“ und unter Hinweis auf das Bestehen politischer Arbeiterorganisationen. Wie ersichtlich, sind die Unternehmer ständig daran, ihre Macht- und Kampfmittel zu vermehren und zu verbessern. Möchten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen ein Beispiel daran nehmen und sich auch ihrerseits politisch und gewerkschaftlich immer fester und einheitlicher zum Kampfe gegen das Ausbeutertum und seine Ordnung zusammenschließen.

Zimmer wieder sind Lohnreduktionen und Maßregelungen als eine der vielen bitteren Früchte der wirtschaftlichen Krise zu melden. Auf zwei Zechen bei Dortmund wurde 25 „Gehern“ gekündigt, weil die Belegschaft unter Hinweis auf die große Arbeitslosigkeit einmütig Übersichten verweigert hatte. Als eine von etwa 1000 Bergarbeitern besuchte Versammlung scharfen Protest gegen diese Niederträchtigkeit erhob, nahm die Zechenverwaltung weitere Kündigungen vor. Der junge Assessor, der ihr vorstehen soll, will sich jedenfalls die Sporen des schneidigen „Gesellschaftsretters“ verdienen.

Mit einer Lohnreduktion endete leider die Aussperrung der Glasarbeiter in Weiswasser in Schlesien, an der zirka 900 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren. Die Unternehmer wollten die Löhne um 15 Prozent kürzen. Durch Tarifvertrag ist nun festgelegt worden, daß bis Juni eine Lohnreduktion von 7½ Prozent, bis Dezember eine weitere von 5 Prozent eintreten soll. Die Unternehmer, die der Versammlung der Arbeiter beiwohnten, bezeichneten die Lage der Glasindustrie als eine äußerst traurige. Welcher Ausblick auf maßloses Leiden eröffnet sich da für die Arbeiter und Arbeiterinnen, denen der liebe Vater Staat eben neue Steuerlasten aufbürden will!

In der Greizer Textilindustrie müssen die Unternehmer daran erinnert werden, wann eigentlich sie den versprochenen Minimallohn für Weber und Weberinnen einzuführen gedenken. Wie verlautet, soll sich die Lage der dortigen Industrie etwas ge-

hoben haben. Es ist daher nicht unmöglich, daß die Organisation zur Anwendung schärferer Mittel greift, um die Rechte der Mitglieder zu wahren. In einer Buchbinderei in München-Gladbach haben 90 Weber wegen angekünigter Lohnherabsetzung die Arbeit niedergelegt. Die paritätische Kommission erklärte die Arbeitsniederlegung für Kontraktbruch; vorläufig ist es zur Einigung und Wiederaufnahme der Arbeit gekommen.

Zum Tarif des Kürschnerverbandes, von dem wir schon an dieser Stelle berichteten, tragen wir noch einige wichtige Bestimmungen nach. Der Tarif spricht den Organisationszwang aus und legt fest, daß auch die vertragsschließenden Arbeitgeber solche Arbeiter unterstützen sollen, die wegen Verteidigung des Tarifvertrags entlassen werden oder zu seinem Schutze zum Streik ihre Zuflucht nehmen. Eine Tarifkommission ist mit der Schlichtung der Streitigkeiten und der Festsetzung der Preise betraut. Der Zweck des Vertrags ist, der Stagnation im Gewerbe entgegenzuwirken und dieses zu heben.

Die unsererseits energisch betriebene Organisierung der Hausangestellten hat das Zentrum zu gleichem Tun aufgepeitscht. Zunächst ist für Bayern eine Organisation der Dienstmädchen ins Leben gerufen worden, deren Begründer natürlich nicht Dienstmädchen sind, sondern Pfaffen und Bauern. Unsere Leserinnen finden einen ausführlichen Bericht darüber an anderer Stelle.

Der Verband der Eisenbahner ist dem Transportarbeiterverband als Sektion beigetreten. — Im Bildhauerverband ist anscheinend viel Stimmung vorhanden, sich dem Holzarbeiterverband anzuschließen. Die Frage dürfte demnächst zur Entscheidung kommen. — Der Verband der Gastwirtsgehilfen hat in diesen Tagen eine großzügige Agitation durch 100 öffentliche Versammlungen entfaltet, in denen die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf alle Angestellten des Gewerbes, der Schutz der Jugendlichen und die Festlegung eines Ruhetages in der Woche von der Gesetzgebung verlangt wurden. — Die Zahlstelle des Zimmererverbandes in Hamburg feierte Mitte Januar ihr 25jähriges Bestehen.

Von den alltäglichen Schandthaten der Gelben ist zu verzeichnen, daß der gelbe Bund der Bäcker gegen die Petition des Bäckerverbandes auf Einführung eines 36stündigen Ruhetages protestiert hat. Der Protest ist damit begründet, daß es den Bäckermeistern nicht möglich wäre, die nötigen Aushilfskräfte zu erlangen; in der Folge müßten so viele Bäckergehilfen angelernt werden, daß es dem einzelnen noch schwerer fallen würde als jetzt, sich selbständig zu machen!

Und der geistige Häuptling der Gelben, Herr Lebius!? Der hat bei seinen Wegen zum Kadi, um die durch sozialdemokratische Angriffe ramponierte Ehre gerichtlich auf den Glanz reparieren zu lassen, sicherlich keine Seide gesponnen. Als Angeklagter ist ihm noch übler ergangen. Der Herr war sicherlich überzeugt, daß Verleumdungen gegen eine Buchhalterin, die früher bei ihm beschäftigt gewesen, so straffrei bleiben würden wie Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie. Das Schöffengericht zu Charlottenburg verurteilte ihn jedoch zu einem Monat Gefängnis, weil er bewußt wahrheitswidrig gehandelt, sich also der Verleumdung schuldig gemacht hatte. Eine seine Pflanze im gelben Sumpfe, dieser Wiederemann Lebius!

Der Verband der Handlungsgehilfen, der unter der hohen Protektion der Herren Chefs an der Vertuschung der Klassen- gegenläufe zwischen Angestellten und Kapitalisten arbeitet, gibt nach einer statistischen Veröffentlichung im „Reichsarbeitsblatt“ über Frauenorganisationen in seinem Jahresbericht für 1907 folgende Daten über seine Entwicklung. Die Zahl der Mitglieder belief sich in 58 Ortsgruppen auf 23068. Die Einnahmen betragen 174065 Mk., die Ausgaben 177002 Mk. Es wurden unter anderem für Unterstufungen 7059 Mk. ausgegeben, eine lächerlich geringe Summe. Die Aufwendungen für Propaganda- und Zeitschriften beliefen sich auf 6618 Mk. Die Stellenvermittlung erforderte 42902 Mk. Vermittelt wurden 6316 Anstellungen bei 12538 offenen Plätzen und 13580 Bewerberinnen.

Genossenschaftliche Rundschau.

Die moderne Konsumvereinsbewegung Deutschlands wird in allernächster Zeit einen großen Schritt vorwärts tun. Die Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg hat in Gröba a. d. Elbe (Sachsen) ein 40000 Quadratmeter großes Grundstück erworben, auf dem eine Seifenfabrik erbaut werden soll. Mit dem Bau wird bereits im Frühjahr begonnen, und bald werden die deutschen Konsumvereine einen wichtigen Massenartikel aus dem eigenen Betrieb beziehen können. Die Seifenfabrik ist der erste Betrieb der zentralen

Eigenproduktion der organisierten Konsumenten Deutschlands! Der Weg vom Entschluß zur Tat war langwierig. Diese Seifenfabrik hat eine Geschichte, die ein ebenso bezeichnendes wie trübes Kapitel in der Ara des Kampfes gegen die Konsumvereine bildet. In einigen Tagen werden es genau fünf Jahre, seit eine außerordentliche Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft in Chemnitz beschloß, daß eine Seifenfabrik errichtet werden sollte. Sie war in Alten a. d. Elbe geplant, ihre Errichtung sollte hier aber auf ungeahnte, unglaubliche Schwierigkeiten stoßen. Der Betrieb einer Seifenfabrik ist konzessionspflichtig. Die Älteren Behörden, und später auch die in Magdeburg, erkannten bald, daß eine Seifenfabrik an dieser Stelle nicht nur äußerst gesundheits-schädlich, sondern daß sie auch dem Staats- und Gemeininteresse nicht dienlich sei. Der wichtigste Punkt in dieser Erscheinungen flucht war aber die Behauptung, daß ein derartiger Großbetrieb dem gewerblichen Mittelstand schade. So steht es wörtlich und sehr ausführlich in den vielen Aktenstücken zu lesen — es mögen die der Sache wegen auf den Büreaus der Behörden vorgeschrieben wurden. Die Mittelsändler waren nicht vergeblich an der Arbeit gewesen; an ihrer Spitze stand der als Sozialistenfresser ersten Ranges bekannte Major Placke, der in einer anderen Affäre früher einmal nicht gerade rühmlich genannt worden ist. Die Seifenfabrik der vielgehassten Konsumvereine entfesselte eine Haupt- und Staatsaktion, die nicht nur auf das Verhalten der Behörden, sondern auch auf die gewerbefreieitlichen Zustände Deutschlands ein sonderbares Licht wirft. Kommende Geschlechter werden sicher über derartige Kulturthaten am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts staunen und lächeln.

Nach etwa anderthalbjährigem Kampfe siegte schließlich die Großeinkaufsgesellschaft über diese spießbürgerlich-reactionären Plackereien. Es war ihr aber, begreiflich genug, die Lust vergangen, sich in der Atmosphäre niederzulassen, die sie bei Verfolgung der Angelegenheit umweht hatte. Denn daß man dort der Seifenfabrik auch in der Zukunft das Leben so schwer wie nur möglich machen würde, war ganz sicher. Deshalb suchte die Großeinkaufsgesellschaft ein anderes passendes Gebiet, und fand es in Zerbst. Doch hier begann die unerhörte Komödie von neuem in ganz derselben Weise wie in Alten. Nur fast noch langwieriger und umständlicher gestaltete sich der Streit mit den Behörden. Und so mußte auch das zweite Projekt aufgegeben werden. Nun ist die Genossenschaft in Sachsen damit gelandet, daß auf diese Weise den ersten zentralen Eigenbetrieb der deutschen Konsumvereine erhält. Staat und Gemeinde werden sicher nicht schlecht dabei fahren, denn sie erhalten einen guten und sicheren Steuerzahler. Das Terrain ist sehr günstig am Wasserweg gelegen und hat Bahnananschluß am bedeutendsten sächsischen Umschlagplatz (Riesa). Die Konzession zum Betrieb der Seifenfabrik ist bereits erteilt. Später werden auf dem erworbenen Plage wahrscheinlich noch andere Konsumvereinsfabriken gebaut.

Wieder einmal kann von einer schmachlich vorbeigelungenen Aktion der Mittelständler berichtet werden, die seinerzeit in ganz Deutschland gegen die Konsumvereine ausgespielt wurde. Nach der Liquidation des Offenbacher Konsumvereins wurden auf eine Denunziation hin die Geschäftsbücher des Vereins beschlagnahmt. Das Amtsgericht vermutete eine „Bilanzverschleierung“ und drohte dem Geschäftsführer mit einer Geldstrafe von 100 Mk., im Falle er nicht den Nachweis über Veröffentlichung einer „ordnungsmäßig aufgestellten Bilanz“ erbringe. Eine Beschwerde gegen dieses Verfahren ergab die völlige Haltlosigkeit der amtsgerichtlichen Verfügung. Das Oberlandesgericht in Darmstadt hat entschieden: „Die Beschwerde der Liquidatoren ist in allen Richtungen begründet, der erhobene Einspruch gerechtfertigt, weshalb die Aufhebung der Verfügungen verordnet, die Bestrafung aufzuheben und das Ordnungsstrafverfahren einzustellen ist.“

Dem Jahrbuch des Zentralverbandes der österreichischen Konsumvereine ist ein solches der österreichischen Großeinkaufsgesellschaft gefolgt. Der Titel Jahrbuch ist in diesem Falle verfehlt; er entspricht dem Inhalt nicht. Wir hätten die außerordentlich interessante Abhandlung Siegen-Kass über die Engländerreise österreichischer Genossenschaftler viel lieber im Jahrbuch des Verbandes gesehen. Dort wäre sie passender untergebracht gewesen. Die Arbeit des Genossen Kass ist als ein wertvoller Beitrag zur Beurteilung des englischen Konsumvereinswesens in bezug auf die Eigenproduktion anzusprechen. Im übrigen könnte man das „Jahrbuch“ seinem Inhalt nach besser einen Genossenschaftskalender nennen.

Über den Stand der genossenschaftlichen Produktion in England wurden vor kurzem in einem englischen Blatte folgende interessante Angaben gemacht. Es betätigen sich auf dem Gebiet der Produktion außer 121 gewerblichen Produktivgenossenschaften

917 Konsumvereine, sowie die beiden Großeinkaufsgesellschaften und sechs Kornmühlengesellschaften, die meist ebenfalls von Konsumvereinen gebildet werden. Der Wert der Produktion der unabhängigen Produktivgenossenschaften ist von 1897 bis 1907 um 50,6 Prozent gestiegen; er betrug 1907 41342720 Mk. gegen 27455320 Mk. in 1897. Die größte Steigerung des Produktionswertes haben die beiden Großeinkaufsgesellschaften zu verzeichnen. Ebenfalls beträchtlich hat sich die produktive Tätigkeit der Konsumvereine entwickelt. Der Produktionswert ihrer Werkstätten und Fabriken stieg von 65048280 Mk. im Jahre 1897 auf 165438760 Mk. Die Vermehrung betrug somit 100390480 Mk. Es ergibt sich hieraus nicht nur, daß die Produktion der konsumgenossenschaftlichen Organisation die der eigentlichen Produktivgenossenschaften ganz bedeutend überflügelt hat, sondern auch die weitere Tatsache, daß die produktive Tätigkeit der Konsumvereinsverbände die der Gesamtheit der lokalen Konsumvereine zu überflügeln im Begriffe steht. Unter den Produktionsanstalten stehen diejenigen, die sich mit der Herstellung und Verarbeitung von Nahrungsmitteln beschäftigen, an erster Stelle. Von dem gesamten Produktionswert von über 380000000 Mk. entfallen mehr als 260000000 Mk. auf Nahrungsmittel und Tabak; nebstdem spielt die Herstellung von Bekleidungsgegenständen eine erhebliche Rolle. Es wurden hier Werte in Höhe von 60000000 Mk. erzeugt. In der genossenschaftlichen Lebensmittel- und Tabakindustrie wurden 12093 Angestellte beschäftigt, bei der Herstellung von Kleidern 23214. Von der Gesamtzahl der Angestellten in den genossenschaftlichen Produktionsbetrieben waren 26558 oder 56 Prozent Männer, 13433 oder 28 Prozent Frauen und 7546 oder 16 Prozent jugendliche Arbeiter beider Geschlechter unter 18 Jahren. H. Fl.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Dienstbotenverein Braunschweig. In der letzten Mitglieder-versammlung besprach Genossin Topfstedt den Artikel einer „Dame“ über die Dienstboten. Das Nachwort bewies, daß seine Verfasserin von dem Leben und Leiden der Dienstboten soviel versteht wie der Esel vom Lautenschlagen. Sie gab zwar zu, daß sich die Dienenden in einer elenden Lage befinden, behauptete aber, daß ihre Leistungsfähigkeit äußerst gering sei. Eine Verkürzung der Arbeitszeit würde nach der Dame nur die ohnehin schon große Puz- und Vergnügungslust der Mädchen begünstigen. Nach dem Artikel zu urteilen, läge es also lediglich im Interesse der Dienstboten, wenn sie täglich 16 bis 18 Stunden für die edlen Herrschaften schuften dürfen. Der tiefste Grund dieser bornierten Ansicht ist aus einigen Zeilen zu erkennen, die sehr deutlich die Angst des privilegierten Ausbeutertums vor dem Zusammenschluß der arbeitenden Klasse verraten. Mögen die Braunschweiger Dienstboten den richtigen Schluß daraus ziehen und alle ihrer Organisation beitreten. Dann werden sie instande sein, sich die Rechte zu erkämpfen, die ihnen die „Herrschaften“ nicht gutwillig geben wollen. A. B.

In einer Mitgliederversammlung des Dienstbotenvereins zu Nürnberg erstattete Genossin Grünberg den Bericht von der Dienstbotenkonferenz in Berlin, die wir bereits in unserer letzten Nummer eingehend besprochen haben. Die Versammlung trat den dort gefaßten Beschlüssen bei. Die Abrechnung vom vierten Quartal 1908 zeigte eine Einnahme von 871,28 Mk., eine Ausgabe von 815,06 Mk. Somit bleibt ein Bestand von 556,22 Mk. Die Mitgliederzahl betrug im Jahresdurchschnitt 526. Der Geist der Mitgliedschaft ist der beste. +

Die Stellenvermittlung für Dienstboten des Zentralvereins für Arbeitsnachweis in Berlin hatte nach dem vorliegenden Bericht in beiden Bureaus, Gormannstraße sowohl wie Linkstraße, Erfolge zu verzeichnen. Immerhin sind die einschlägigen Zahlen noch zu gering, als daß sie für die gewerbmäßige Stellenvermittlung eine Konkurrenz bedeuteten. In der Vermittlungsstelle Gormannstraße stieg das Angebot von Dienstmädchen im Jahre 1907 von 1047 im Jahre 1906 auf 1256, die offenen Stellen gingen gegen das Vorjahr von 3629 auf 3007 zurück. Die Zahl der besetzten Stellen stieg von 803 auf 1019 und im Jahre 1908 auf 1352. Die Stellenvermittlung in der Linkstraße, im westlichen Zentrum Berlins, ist am 15. Oktober 1907 eröffnet worden, der Bericht umfaßt daher nur die 2 1/2 Monate bis Jahreschluß. Einer Nachfrage nach 1184 Mädchen stand ein Angebot von 867 gegenüber; 861 Stellen wurden besetzt. Im Jahre 1908 haben sich 5905 Hausfrauen und 2790 Dienstmädchen an den Nachweis gewendet. 2249 Stellen konnten in dieser Zeit besetzt werden. Bedenkt man, daß

die sogenannte Dienst- und Arbeitsbörse in der Jägerstraße vom 1. Februar bis 31. Juli 1901 nicht weniger als 19818 weiblichen Personen Stellung vermittelte, so wird ganz besonders deutlich, wie klein die Zahlen des Zentralvereins für Arbeitsnachweis sind. Die gewerbsmäßige Stellenvermittlung ist und bleibt das stärkste Hindernis für die Entwicklung jedes gemeinnützigen Nachweises.

Es sei hier noch bemerkt, daß die Vermittlung des Zentralvereins für die Stellung suchenden Mädchen völlig unentgeltlich ist. Auch vier Schlafstellen sind in der Linkstraße eingerichtet worden, um zugereisten oder stellunglosen Mädchen ein vorübergehendes Obdach zu verschaffen. Möge sich dieses Heim für Dienstmädchen rasch und kräftig weiter entwickeln!

Für die Abteilung des Zentralvereins „Stellenvermittlung für Dienstboten“ ist neuerdings ein Komitee eingesetzt worden, das neben der Leiterin des Nachweises aus drei Hausfrauen und drei Dienstboten besteht. Es sollen hierdurch die Wünsche der Angestellten wie der „Herrschenden“ in gleicher Stärke Vertretung finden. Den Dienstmädchen ist damit eine gewisse Garantie gegeben, daß die Parität (Gleichberechtigung) gewahrt werden soll. Allzu großen Illusionen dürfen sie sich jedoch in dieser Beziehung trotzdem nicht hingeben. Wenn auch die Leiterin des Nachweises den Forderungen der Hausangestellten volles Verständnis entgegenbringt, so bleibt doch trotz des eingesetzten Komitees der endgültige Entscheid in wichtigen Fragen dem Vorsitzenden des Zentralvereins für Arbeitsnachweis vorbehalten. Der Vorsitzende ist aber der sattfam bekannte, nichts weniger als arbeiterfreundliche oder gar fortschrittlerische Herr Dr. Freund.

Den weiter oben mitgeteilten Beschlüssen der Dienstbotenkonferenz entsprechend haben die in Berlin Stellung suchenden Dienstboten den Arbeitsnachweis des Zentralvereins in Anspruch zu nehmen. Sie haben ein gutes Recht darauf, denn er ist keine Privat-einrichtung, sondern wird von der Stadt Berlin erhalten. Aufgabe der organisierten Hausangestellten muß es sein, eine kräftige Agitation zu entfalten, damit die stellunglosen Mädchen sich nicht an gewerbsmäßige Stellenvermittlungen wenden, sondern an den gemeinnützigen Nachweis. Gleichzeitig gilt es aber auch für sie, die Verwaltung und Leitung der Einrichtung mit offenem, kritischem Auge zu betrachten. Die Hausangestellten müssen Vertrauen zu ihr haben können und wissen, daß sie von ihr eine wirkliche, tatkräftige Vertretung ihrer Interessen und Forderungen zu erwarten haben.

m. w.

Ueber die Einrichtung öffentlicher Dienstbotennachweise wurde am 15. Januar auf einer Konferenz zu Berlin verhandelt, die sich mit den Facharbeitsnachweisen für gastwirtschaftliche Angestellte beschäftigte und vom preussischen Handelsminister einberufen worden war. Ueber die Einrichtung öffentlicher Dienstbotennachweise erstattete Fräulein Klausner ein sehr sachliches Referat, dem die folgenden Leitsätze zugrunde lagen: 1. Allgemeines Kennzeichen der gemeinnützigen Dienstbotennachweise ist die Kostenlosigkeit für die Arbeitnehmer. 2. Der Dienstbotennachweis muß leicht erreichbar sein und in guter Gegend liegen. 3. Die Sprechstunden sollen getrennt von denen für Arbeiterinnen und Aushilfspersonal sein. 4. Für Hausfrauen und Dienstmädchen müssen gesonderte Wartezimmer vorhanden sein. Für die Verhandlungen sind kleine Einzelräume vorzuziehen. 5. Die Beamtinnen sollen nicht nur beide Teile zusammenführen und die Abschlüsse buchen, sie sollen nötigenfalls in die Verhandlungen eingreifen, insbesondere unerfahrene Hausfrauen und junge Dienstmädchen mit Rat unterstützen. 6. Im Interesse einer langen Vertragsdauer sind bei Vertragsabschluss die Arbeitsbedingungen genau aufzuzeichnen. 7. In größeren Städten soll die Vermittlung nicht an einem Punkt stattfinden, es soll möglichst in jedem Stadtteil eine Filiale errichtet werden. Alle Filialen müssen von einer Zentralstelle geleitet sein. 8. Die Arbeitsnachweisbeamtinnen müssen in ständiger Fühlung mit Hausfrauen- und Dienstmädchenvereinen bleiben. Kleine schon bestehende Arbeitsnachweise sind zum Anschluß an den Zentralarbeitsnachweis zu veranlassen, Hausfrauen- und Dienstbotenvertreterinnen eventuell zur Mitarbeit an der Verwaltung heranzuziehen. 9. Für eine ständige Propaganda in der Presse durch Annoncen wie durch Lokalnachrichten ist zu sorgen. Behörden sind zur Mithilfe bei der Propaganda zu veranlassen. 10. Die Arbeitsnachweisbeamtin muß eine gute Vorbildung für ihren Beruf mitbringen. 11. Wenn zugänglich, soll mit dem Arbeitsnachweis eine kleine Herberge verbunden sein. 12. Die Arbeitsnachweise sollten sich entschließen, zur wirksameren Propaganda gegen die gewerbliche Stellenvermittlung und gegen die sich als gemeinnützige Vereine gebärdenden Mietbureaus alle den gleichen Namen „Zentralarbeitsnachweis“ anzunehmen.“ Fräulein Klausner ist die Leiterin des Bureaus für die Vermittlung von weiblichen Personen bei dem

Zentralverein für Arbeitsnachweis in Berlin. Ihren Ausführungen wurden keine abweichenden Meinungen entgegengestellt. Die Diskussion über den Punkt war nur sehr gering.

Eine christliche Dienstbotenorganisation für Bayern. Die Leiden und Drangsalierungen der Dienstboten — in den Städten wie auf dem Lande — schreien seit langem zum Himmel. Bisher waren es aber nur die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, die Vertreterin aller Ausgebeuteten, die ernstlich und energisch an der Beseitigung der menschenunwürdigen Zustände arbeiteten, unter denen das sogenannte „Gesinde“ leidet. Sie riefen die Kampforganisationen der Dienstboten ins Leben, sie trugen die Fackel der Aufklärung in diese Nacht des Jammers. Nun hat auch das Zentrum in einem Winkel seiner schönen Seele sein Mitgefühl für die Dienenden entdeckt und sucht mit dem lieblichen Schalmeygebläse von der Interessenharmonie zwischen Herrschaften und Gesinde die häuslichen Ausgebeuteten in Geduld und Sanftmut zu erhalten. Es guckt es den verhassten „Noten“ ab, wie sie sich räuspfern. Es will die Dienstboten in Organisationen zusammenführen, aber nicht um sie dort zum Kampfe für ihre Rechte zu schulen, sondern um sie desto leichter unter der Fuchtel der Pfaffen und in dem Joche ihrer Dienstgeber zu erhalten. Dies auch der edle Doppelzweck der Dienstbotenorganisation für Bayern, die kürzlich ins Leben gerufen worden ist. Am 25. Januar tagte in Regensburg die Gründungsversammlung, deren Zusammensetzung schon einen sicheren Schluß auf die künftige Tätigkeit der Organisation zuläßt. Unter den 500 Teilnehmern waren die Dienstboten am spärlichsten vertreten. Sie weitans überwiegende Mehrzahl bestand aus Geistlichen und Bauern. Der Zentrumsabgeordnete Heim entwickelte seinen Plan, der in dem Grundgedanken gipfelt: Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehören zusammen; es muß weder ein patriarchalisches Verhältnis zwischen beiden hergestellt werden. Also nicht vorwärts in neue bessere Verhältnisse hinein, sondern zurück zu den gesegneten Zuständen, unter denen der Dienstgeber unbeschränkter Herr des „Gesinde“ war. Die Organisation soll sich folgendermaßen gestalten:

Der Dienstbotenverein erstreckt sich über das ganze Königreich Bayern rechts des Rheins und besteht aus den Ortsvereinen nach Seelsorgebezirken, die sich zu einem Diözesanverein zusammenschließen. Die Diözesanvereine bilden den Landesverein. Der Ortsverein gliedert sich jeweils in eine Sektion der männlichen und der weiblichen Dienstboten. Ordentliches Mitglied kann jeder katholische, unbescholtene ländliche Dienstbote mit 18 Jahren werden, der keiner anderen Dienstboten- oder Arbeitervereinigung, die nicht auf christlicher Grundlage beruht, angehört. Der Ortsvorstandschafft steht das Recht zu, Dienstboten einer anderen Konfession als ordentliche Mitglieder aufzunehmen.

Der Jahresbeitrag ist auf 2 Mk. bemessen. Außerdem gibt es „Schutzmitglieder“, die jährlich 8 Mk. zu zahlen haben. „Schutzmitglied“ kann jede unbescholtene Person werden, die Interesse für die ländlichen Dienstboten bekennt.

Geradezu raffiniert ist die Organisation der Leitung ausgetüftelt, die es der Geislichkeit und damit den Zentrumsabgeordneten ermöglicht, jederzeit das Heft in der Hand zu halten. Hören wir:

„Die Vorstandschafft des Ortsvereins setzt sich zusammen aus: 1. einem von den Dienstboten gewählten Obmann, 2. einem Obmann des Bauernvereins, 3. dem Seelsorger oder einem von demselben ernannten Stellvertreter. Falls ein Geistlicher nicht gewonnen werden kann, kann die Diözesanvorstandschafft ein Schutzmitglied, das dem Bauernstand nicht angehören soll, in die Ortsvereinsvorstandschafft entsenden.“

Die Vorstandschafft des Diözesanvereins besteht aus: 1. einem von den Seelsorgern (Ortsvorständen) gewählten, vom Bischof zur Bestätigung erbetenen Diözesanpräses, 2. einem Delegierten der Vorstandschafft des für die Diözese hauptsächlich in Betracht kommenden Kreisvereins der christlichen Bauernvereine, 3. zwei Delegierten der ordentlichen Mitglieder der Diözese, welche durch die Obmänner der männlichen Dienstboten der Diözese gewählt werden.“

In ähnlicher Weise ist ebenfalls der Vorstand des Landesvereins zusammengesetzt; auch dort hat das Zentrum durch die Geislichkeit, das Ausbeutertum durch die christlichen Bauernvereine das Heft in der Hand. Außerdem soll die neue Organisation mit anderen Zentrumsvereinigungen in enge Fühlung treten. „Aufklärung“ soll verbreitet werden durch Versammlungen und ein noch zu schaffendes Vereinsorgan, das für männliche und weibliche Mitglieder getrennt erscheinen soll. An „positiven Vorteilen“ werden in Aussicht gestellt: Auskunfterteilung, Interessenvertretung gegenüber der Regierung und dem Parlament, Alters-

versorgung und Erholungsheime, Erbauung von Arbeiterwohnhäusern. Für sparsame Dienstboten werden Sparprämien von 5 bis 10 Mk. ausgesetzt. Eine nette Blütenlese von Palliativmitteln, die ganz nach dem berühmten Rezept verfertigt sind: „Wasch' mir den Pelz, aber mach' mich nicht naß.“ Von einer Interessenvertretung gegenüber dem Unternehmertum ist mit keiner Silbe die Rede, und doch ist sie das Erste und Wichtigste für die Dienstboten wie für die gesamte Arbeiterklasse. Dafür will man die Dienstboten zum „Sparen“ anhalten, damit sie über ihren sauer zusammen-gesparten paar Pfennigen vergessen, daß sie Menschen sind, die Bedürfnisse haben und die Mittel zu deren Befriedigung von ihren Ausbeutern verlangen können. Damit sie nicht erkennen, daß es die Arbeit ihrer schwieligen Hände ist, die den großen Bauern den Geldsack füllt und die Pfäfflein so gut gedeihen läßt! Eine Interessenvertretung gegenüber der Regierung und dem Parlament verspricht man den folglosen Schäflein. Wäre es dem Zentrum Ernst mit diesem Versprechen, es hätte nicht bis heute zu warten brauchen. Im Reichstag, im bayerischen Landtag, überall hat das Zentrum die Macht, bedeutende Verbesserungen für die Dienstboten durchzusetzen. Es hat seinen Einfluß bisher nicht dazu gebraucht und wird ihn auch in Zukunft nicht dafür einsetzen, weil seine Interessen sich mit denen des Ausbeutertums decken. Ihre Rechte können sich die Dienstboten nur erringen mit Hilfe der Organisationen, die sie sich, unterstützt von der gesamten Gewerkschaftsbewegung, aus eigener Kraft schaffen, und mit Hilfe der Partei, die den bewußten Kampf gegen jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung führt.

Frauenstimmrecht.

I. K. Das Kommunalwahlrecht der Frauen in Finnland. Nachdem die russische Polizeivillkür durch den Generalfreistreit im November 1905 gestürzt, der verfassungsmäßige Boden gewonnen und 1906 das allgemeine, territoriale, gleiche Wahlrecht für beide Geschlechter erkämpft worden war, galt es unter anderem auch das Kommunalwahlrecht zu reformieren. Mit aller Entschiedenheit forderte die Sozialdemokratie eine Reform des Gesetzes, die Kommunalvertretungen betreffend. Diese Reform sollte vor allem das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Einwohner der Gemeinden vom zwanzigsten Jahre an bringen. Unter dem Eindruck des grandiosen Generalfreistrits und der Forderungen des Volkes mußten auch die Führer der bürgerlichen Parteien diese Rechtsansprüche — mehr oder weniger verlappt — in ihre Wahlprogramme aufnehmen. Wenn man die damaligen Wahlausrufe der Alt- und Jungfinnen las, so konnte man leicht erkennen, daß sie die Massen durch Versprechungen aller Art an sich zu fesseln suchten, deren Einlösung sie aber bald genug aus dem Wege zu gehen trachteten. So war es auch mit den Versprechungen bezüglich des Kommunalwahlrechts. Als ein entsprechender Antrag seitens der Altfinnen im Landtag eingebracht wurde, war er nicht nur äußerst reaktionär zugeschnitten, sondern die Einbringung erfolgte auch in der unweidentlichsten Absicht, die Beratung für diese Session zurückstellen zu lassen — wegen Mangel an Zeit! Nicht nur die Altfinnen, aus deren Mitte der Antrag erfolgte, sondern auch die übrigen bürgerlichen Parteien waren der Meinung, daß andere gesetzgeberische Angelegenheiten wichtiger wären als die Kommunalreform. So zum Beispiel die Wegereparatur, Neuregelung des Stappendienstes und manche andere unwichtige Vorlagen noch. Die Sozialdemokraten wiesen nach, daß es an Zeit zur Schaffung einer neuen Gemeindeordnung durchaus nicht mangle, wenn nur der Wille dazu vorhanden wäre. Sie zeigten ferner klar und deutlich, daß das Verhalten der bürgerlichen Parteien ein Beweis dafür sei, daß diese in ihren Wahlausrufen das Volk nur an der Nase geführt hätten und ihre Versprechungen nicht verwirklichen wollten. Mit Unterstützung einiger bürgerlichen Abgeordneten setzte es die sozialdemokratische Fraktion trotz alles Widerspruchs durch, daß die Vorlage zur Beratung dem zuständigen Ausschuss überwiesen wurde.

In der Kommission wartete ihrer jedoch kein besseres Schicksal. Die bürgerliche Mehrheit gab auch hier der Beratung geringfügiger Angelegenheiten den Vorzug und suchte Zeit zu vertrödeln. Es dauerte über einen Monat, bis das Gesetz von der Kommission durchberaten war. Nachdem es endlich diese Klippen passiert hatte, wurde es in der „großen Kommission“ weitere zwei Wochen festgehalten.*

* Der finnische Landtag wählt zu Beginn jeder Sitzungsperiode folgende verfassungsmäßige Ausschüsse von je 16 Gliedern, in denen die Parteien proportional ihrer Stärke vertreten sind: für Verfassungsfragen, für gesetzgeberische Angelegenheiten, für wirtschaftliche und Finanzangelegenheiten und einen Ausschuss von wenigstens 12 Gliedern für das Bankwesen. Der

Diese offenbare Verschleppungstaktik seitens der bürgerlichen Parteien entfachte im ganzen Lande einen Entrüstungsturm. In Stadt und Land wurden Protestversammlungen abgehalten, die kategorisch verlangten, daß das kommunale Wahlrechtsgesetz endlich unter Dach und Fach käme. Die sozialdemokratischen Organisationen und ihre Presse waren rührig tätig. Das Zentralorgan „Työmies“ in Helsingfors berichtete täglich genau, was in den Kommissionen vor sich ging. Es verzeichnete, wievielmal die Kommissionsmitglieder das Wort verlangten und wie lange sie redeten. Dadurch erfuhren die Massen, wieviel die bürgerlichen und wie wenig die Sozialdemokraten redeten, und niemand blieb es ein Geheimnis, daß die ersteren durch überflüssiges Schwätzen nur die Zeit vergeuden und das Gesetz hinausschieben wollten. Die Sozialdemokratie mußte die bürgerlichen Parteien geradezu vorwärts peitschen!

Als das Gesetz trotz allem auch in der großen Kommission durchberaten war — es wurde dort schließlich Tag und Nacht gearbeitet — und es zur dritten Lesung an das Plenum gelangte, setzten die bürgerlichen Redner hier ihre Taktik fort. Sie suchten einander mit langen Reden zu überbieten, die sie bereits in den Kommissionen abgeleiert hatten. Aber hier riß den Sozialdemokraten die Geduld. Es kam zu stürmischen Sitzungen, wie sie im finnischen Landtag äußerst selten sind. Den bürgerlichen Parteien wurde ein so treuer Spiegel ihres Verhaltens vorgehalten, daß einige von ihnen ihren hartnäckigen Widerstand aufgaben. Es ging dabei so heiß zu, daß der Präsident die Sitzung aufzuheben drohte. Die Altfinnen waren an die Wand gedrückt, die Jungfinnen gaben den Kampf auf. Am 28. Oktober kam es zur Abstimmung über die einzelnen Paragraphen des Wahlrechtsgesetzes. Dabei gelang es leider den bürgerlichen Parteien, noch manche Einschränkungen der Demokratie durchzusetzen. Immerhin wurde manches erreicht, was für die werttätigen Massen und für die Entwicklung der Arbeiterpartei von großer Bedeutung ist.

Das neue Kommunalwahlgesetz gewährt allen, die in einer Gemeinde wohnen, das gleiche Wahlrecht, auch denen, die keine Gemeindesteuer zahlen. Des Wahlrechts gehen solche Personen verlustig, die entweder Armenunterstützung genießen, und solche, die steuerpflichtig sind, aber ihre Gemeindesteuer nicht entrichtet haben. Steuerpflichtig sind alle Personen, die in den ländlichen Kommunen ein jährliches Einkommen von 300 bis 500 finnische Mark, in den Städten ein solches von 600 bis 1000 finnische Mark aufweisen. Der Steuerzensus ist in vier Stufen gegliedert, je nach der Eigenart der Gemeinden. Die Altersgrenze der Wahlberechtigung ist für beide Geschlechter auf 24 Jahre festgesetzt. Die bürgerlichen Parteien drückten am Ende noch eine Einschränkung des Rechts der Massen durch, indem sie für die Kommunalverwaltungen gewissenmaßen ein Zweikammersystem schufen. Die letzte Entscheidung über wichtige Angelegenheiten steht einem besonderen Ausschuss zu, dessen Mitglieder nur von den Gemeindegewählten gewählt werden, die Kommunalsteuern entrichten. Da jedoch die Einkommensgrenze für die kommunale Besteuerung eine niedrige ist, so ist die Zahl derjenigen klein, die sich an der Wahl der „Oberkammer“ nicht beteiligen können. Die Bourgeoisie hat durch ihre Verschlechterung der Reform in der Hauptsache nur erreicht, daß die Geschäfte der Gemeindeverwaltung unnütz erschwert werden.

Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen suchen die Sache so darzustellen, als hätten sie vor allem ein Verdienst darum, daß die finnische Frau nun auch in der Kommune vollberechtigte Bürgerin sein wird. Das ist eine Übertreibung. Als die Sozialdemokratie in der verschlossenen Session allein den Kampf für die Durchführung der kommunalen Wahlrechtsreform aufnahm, fragte Genossin Hilja Pärssinen im Landtag die weiblichen Abgeordneten, die zugleich auch Vertreterinnen der finnischen bürgerlichen Frauenemanzipation sind, ob sie als Frauen nicht die Sozialdemokratie darin unterstützen wollten, das Gesetz durchzubringen. Es müsse doch auch das Bestreben der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen sein, dem weiblichen Geschlecht in der Gemeinde das Wahlrecht möglichst schnell zu verschaffen. Die bürgerlichen Frauen antworteten darauf, daß sie auf dem Boden des Programms ihrer Parteien stünden: mit anderen Worten, sie stimmten mit den Männern ihrer Klasse zusammen für ein beschränktes Wahlrecht. Denn welches war das Bestreben der bürgerlichen Parteien? Ein Gesetz zustande zu bringen, welches

Landtag ist berechtigt, auch andere Spezialausschüsse einzusetzen. Ferner wählt der Landtag gleichzeitig den sogenannten „großen“ oder Sechziger-ausschuss. Dieser „große Ausschuss“ berät alle Angelegenheiten in drei Lesungen, und zwar zwischen der zweiten und dritten Lesung derselben im Plenum. Er hat gewissermaßen die Funktionen eines Oberhauses. Auch dieser Ausschuss wird auf der Grundlage des Proporz von den Abgeordneten gewählt.

den arbeitenden Männern und Frauen möglichst wenig bietet. Dr. S. Gebhard, ein Vorkämpfer der Altfinnen, suchte klar und deutlich nachzuweisen, daß die Rechte der großen Massen bei den Kommunalwahlen in der ganzen Welt beschränkter seien als zu den Parlamentswahlen. Daher wäre es auch in Finnland von Segen, wenn die besitzenden Klassen in der Gemeinde die ausschlaggebende Macht hätten. Dieser Auffassung entsprach auch die Haltung der Frauenrechtlerinnen in der wichtigen Frage.

Wenn die finnische Frau sich demnächst auch in der Gemeinde als gleichberechtigte Bürgerin betätigen kann, so hat sie dafür nur der sozialistischen Arbeiterpartei zu danken und namentlich auch den mutigen Arbeiterinnen, die nichts unterlassen haben, daß erstens das Gesetz fertiggestellt und zweitens so günstig wie irgend möglich gestaltet wurde. Auch in dieser Frage hat die finnische Proletarierin mit der Gesamtpartei Hand in Hand gewirkt und bereitwilligst möglichst viel Mühe und Arbeit auf sich genommen.

Es ist sehr wichtig, daß die Kommunalwahlreform noch durchgeführt werden konnte. Je später sie zustande gekommen wäre, um so reaktionärer wäre sie ausgefallen. Daß es aber durchgeführt werden konnte, ist das Verdienst der einheitlichen und geschlossenen Aktion der sozialdemokratischen Landtagsfraktion mit der Gesamtpartei.

Leider hängt es ja noch von dem „Wohlwollen“ der russischen Regierung ab, ob das neue Gesetz in Kraft treten wird oder nicht. Die Hoffnungen auf die Entscheidung des russischen Ministerrats sind keineswegs groß, wie das ohne weiteres einleuchtend ist. Immerhin bedeutet die beschlossene Reform einen Schritt nach vorwärts, der die finnische Sozialdemokratie aneifert, wie bisher weiter zu marschieren — kämpfend und immer wieder kämpfend.

M. M., Helsingfors.

Soziale Gesetzgebung.

Die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Arbeiter. Mit Pauken und Trompeten ist die Ara der „sozialen Gesetzgebung“ beim Regierungsantritt des „Arbeiterkaisers“ angekündigt worden. „Wie wenig, ach! hat sich entfaltet das Wenige, wie klein und larm!“ Nach wie vor ist die Arbeiterschutzgesetzgebung voller Mängel und Lücken, noch immer kein gesetzlicher Schutz der Heimarbeiter, keine durchgreifende Gewerbeaufsicht, noch immer ist das Koalitionsrecht der willkürlichen Auslegung der Behörden und vor allem dem Unternehmerterrorismus preisgegeben. Von Zeit zu Zeit wird am Arbeiterrecht „geregelt“, „geordnet“ und „ergänzt“. All die „Ergänzungen“ und „Verbesserungen“ können jedoch keinen Hund vom Ofen hervorlocken, sie tragen den Interessen der Ausgebeuteten nicht Rechnung, sie entsprechen daher absolut nicht den Anforderungen eines klassenbewußten Proletariats. Um dessen Ansprüchen Nachdruck zu verleihen und die Empörung ob der sozialpolitischen Dürre zum Ausdruck zu bringen, hatten sich die Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen in elf Versammlungen eingefunden. Besonders zahlreich waren diesmal die Frauen überall vertreten. Unter den Rednern befand sich auch eine Frau, Genossin Zieg. Mit großem Interesse folgten die demonstrierenden Proletarier den Ausführungen der Referenten, freudig und einmütig stimmten sie der eingebrachten Resolution zu. Auch die Arbeiterschaft anderer Städte hat gegen den Stillstand der Sozialreform protestiert, und die Demonstration für ein Arbeiterrecht, das diesen Namen verdient, geht weiter. In Berlin gelangte folgende Resolution zur Annahme, welche die Forderungen enthält, die das ganze klassenbewußte Proletariat Deutschlands augenblicklich erhebt:

Zur Gewerbeordnungsnovelle.

Die Entwicklung der Industrie hat in den letzten Jahrzehnten so gewaltige Fortschritte gemacht und die Profite des Kapitals so gesteigert, wie nie in der Vergangenheit. Die Produktivität ist durch technische Verbesserungen und durch Steigerungen der Intensität der Arbeit gewachsen, in vielen Gewerbebezügen mehr als verdoppelt worden und hat die Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter vermehrt. Während in den letzten Jahrzehnten für die Grundbesitzer und Kapitalisten große Vorteile auf Kosten der Arbeiter durch die Gesetzgebung geschaffen wurden, kam die Arbeiterschutzgesetzgebung völlig zum Stillstand.

Die am 16. Dezember 1907 dem Reichstag vorgelegte Novelle zur Gewerbeordnung erfüllt nicht entfernt die berechtigten Forderungen der Angestellten und Arbeiter.

Demgegenüber fordern die Versammelten vom Reichstag und der Reichsregierung:

Grundlagen für ein einheitliches Arbeiterrecht mit zwingendem Rechte für alle zugunsten der Arbeiter und Angestellten getroffenen gesetzlichen Bestimmungen

Sicherung des Lohnes gegen Schädigungen durch das Trucksystem; desgleichen gegen das zur Umgehung des Gesetzes raffiniert ausgedachte Prämien- oder Lantienensystem, das es ermöglicht, Lohnabzüge zu machen, die sonst gesetzlich verboten wären; Sicherstellung der Beiträge für sogenannte Wohlfahrtsvereinigungen; Schutz der in Betriebswohnungen wohnenden Arbeiter vor Bedrückungen durch den Vermieter der Wohnung.

Größere Rechte der Angestellten und Arbeiter bei Festsetzung von Arbeitsordnungen. Die Arbeitsordnung darf nicht einseitig vom Unternehmer oder von Unternehmerverbänden diktiertem Gesetz sein.

Die Arbeiterausschüsse müssen durch allgemeine, direkte und geheime Wahlen gewählt und deren Mitglieder in der Ausübung ihres Amtes geschützt werden.

Verbot von Konkurrenzklauseln, Personalkonventionen und ähnlicher Abmachungen, die geeignet sind, den Angestellten oder Arbeiter in seinem ferneren Fortkommen zu hindern.

Ausdehnung der Sonntagsruhe und für solche Arbeiter, die an Sonn- und Festtagen arbeiten müssen, eine ununterbrochene Ruhepause von 46 Stunden und für zwei aufeinanderfolgende Sonn- und Festtage von 60 Stunden in derselben Woche.

Ausdehnung des Schutzes für jugendliche Arbeiter auf alle Beschäftigten im Alter von unter 18 Jahren.

Neunstundenarbeitstag als Übergang zum Achtstundearbeitstag für alle in Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Dreischichtsystem für alle Arbeiter in Anlagen mit ununterbrochen arbeitenden Betrieben.

Ausdehnung des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung auf die Heimarbeiter.

Ausdehnung der Gewerbeaufsicht auf alle Betriebe des Gewerbes (einschließlich der Heimarbeiter), der Industrie, des Bergbaues, Handels und Verkehrs auch auf die sogenannten landwirtschaftlichen Nebenbetriebe unter Beteiligung der Arbeiter an der Aufsicht.

Sicherstellung des Koalitionsrechtes.

Soziales Elendsbild.

Das Recht des toten Eigentums und das Unrecht des lebendigen Menschen in dieser besten aller Welten ist durch ein Urteil ungeheuerlichster Art beleuchtet worden. Das Landgericht München hatte vor sich auf der Armesünderbank eine Arbeiterfrau. Was hatte die Unglückselige verbrochen? Sie hatte gegen das gefündigt, was der bürgerlichen Gesellschaft am heiligsten ist, gegen das Eigentum. Unter dem Druck äußerster Not hatte sie aus einem Keller Holz im Werte von 40 Pf. entwendet, um für ihr drei Tage altes Kindchen Milch zu kochen. Obwohl die Frau beteuerte, sie sei durch den großen Blutverlust, den sie bei der Geburt des Kindes erlitten hatte, am Tage der Tat gänzlich unzurechnungsfähig gewesen, wurde sie doch zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Die Strafe wurde so hoch bemessen, weil die Frau vor dem Gesetzbuch „rückfällige Diebin“ ist. Die empörende Furchtbarkeit des Urteils wurde sogar vom Reichsanwalt empfunden, der bei der Revisionsverhandlung die Aufhebung beantragte. Er machte geltend, daß sich die Frau in einer Notlage befunden habe, der sie möglicherweise gar nicht anders abhelfen konnte als durch den Diebstahl. Dann sei aber ihre Tat nicht strafbar gewesen. Das Reichsgericht bestätigte dennoch das entsetzliche Urteil. Unverhüllt zeigt sich in dem blutigen Spruch, daß das bürgerliche Recht in erster Linie ein Recht der Sache, des Eigentums ist, vor dem der lebendige Mensch mit seinen Leiden und Bedürfnissen nichts gilt. Es ist das Recht des Reichtums, der auf der Ausbeutung fremder Arbeit beruht. Die Ordnung der Ausbeutung läßt, um mit Goethe zu reden, den Armen schuldig werden, dann überläßt sie ihn der Pein. Hätte es sich nicht um eine zertretene Proletarierin gehandelt, welche die vielgepriesene Mutterliebe zur Diebin an einer Handvoll Holz werden ließ, hätte eine hochgeborene Fürstin vor den Schranken des Gerichtes unter der Anklage gestanden, ein paar Duzend Silberlöcher gestohlen zu haben: das Urteil würde wahrscheinlich anders ausgefallen sein. Denn hochgeborene Damen stehlen nicht, sie werden nur bedauernswerte Opfer der Kleptomanie (Diebstahlsucht). Um einem Eigentum von 40 Pf. sein „Recht“ werden zu lassen, wird ein Menschenleben für ein Jahr aus der Gesellschaft gestrichen! Kann der Wahnsinn der heutigen Ordnung schärfer gekennzeichnet werden, kann er aufreizender zum Kampfe gegen diese Ordnung aufrufen? Wer Ohren hat zu hören, der höre!

Fürsorge für Mutter und Kind.

Von der Säuglingsfürsorge. In den „Süddeutschen Monatsheften“ schrieb unlängst Rudolf Hecker: „Mit dem Wert, den wir dem Säuglingsleben beimessen, steigt auch die Wertschätzung des Menschen überhaupt. Es sind doch merkwürdige Gegensätze: auf der einen Seite wird der Kindesmord, der Versuch dazu, ebenso wie die Unterdrückung des keimenden Lebens vom Staate als schweres Verbrechen geahndet; auf der anderen Seite sieht aber dieser Staat ruhig zu, wie täglich Helatomben seiner Kinder in fahrlässiger Weise dahin geopfert werden. Die Fahrlässigkeit liegt nicht etwa allein bei den Eltern, sie liegt vielmehr beim Staate, der solches geschehen läßt und dabei wissen muß und kann, wie es zu ändern wäre.“ Das stimmt und ist nicht neu. Die Presse der Satten bemüht sich trotzdem, den Nachweis zu erbringen, daß der Staat sich doch nicht so müßig verhalte, wie die bösen Kritiker behaupten. Der Staat sei „bemüht“, nach Kräften zu helfen! In Deutschland tue er das durch „Erlasse“, „Verordnungen“ usw. Sehen wir zu, wie es damit in Wirklichkeit steht.

Die Zeitschrift für „Soziale Medizin“ bringt in ihrem neuesten Hefte einen lesenswerten Aufsatz: „Aus der Säuglingsfürsorgebewegung“. Unter „I. Gesehgebung“ finden wir nur zwei Bundesstaaten verzeichnet — Bayern und Württemberg —, welche in ihren Landtagen sich mit dieser wichtigen Frage beschäftigt haben. In demselben Hefte der genannten Zeitschrift erklärt der Dresdener Arzt Dr. Köste: „Wir finden die geringste Säuglingssterblichkeit in dem nordwestlichen Gürtel von Europa, der sich von Finnland bis Frankreich und der Schweiz um Deutschland herum erstreckt. In Deutschland selbst treffen wir noch immer die Hauptherde der Säuglingssterblichkeit in Sachsen und Süddeutschland.“ Die sächsischen Reaktionen haben keine Zeit, sich mit solchen „Nebenfragen“ zu beschäftigen, sie müssen auf die politische Anebelung der Massen mittels eines skandalösen Wahlrechts bedacht sein. Die Bayern zeigten wenigstens den guten Willen! „Der Landtag“ heißt es im Bericht, „hat für Zwecke der Säuglingsfürsorge 50 000 M. für jedes Jahr der 29. Finanzperiode bewilligt, um Gemeinden und Vereinen Unterstützungen zu gewähren.“ Von Württemberg wird gemeldet: „Ein Gesetzentwurf betreffend die Kost- und Pflegekinder ist während der Sommersession 1908 von der Ersten und Zweiten Kammer beraten und in der Fassung der Kommission mit Berücksichtigung verschiedener Anträge angenommen worden.“ Der preussische Staat hilft sich mit „Verordnungen“, um den Landtag nicht zu „belästigen“. Es wird deshalb die langatmige, schwer verständliche Verordnung des Berliner Polizeipräsidenten vom 10. Juni 1907 über das „Haltekinderewesen“ abgedruckt. Was will die Polizei? Wer Kinder unter sechs Jahren in Kost und Pflege nehmen will, muß dies der Polizei melden! „Melden, melden“, tönt es aus jedem Paragraph. Das ist alles! „Eifriger“ war der Minister des Innern, welcher — wie die „Gleichheit“ bereits berichtet hat — die Berliner Vorortgemeinden durch den Regierungspräsidenten auffordern ließ: „auf die Errichtung von Stillstuben in den weibliche Arbeiter beschäftigenden industriellen Unternehmen hinzuwirken!“ Donnerwetter! Was werden sich die Unternehmer jetzt beeilen!

Auch der Minister, welcher die „nahe verwandten“ „geistlichen und Medizinalangelegenheiten“ mit viel Ungeschick zu fördern sucht, hat sich zu einem langen und langweiligen Erlaß an die Regierungspräsidenten aufgeschwungen. Es wird darin an frühere Erlasse seines Amtsvorgängers erinnert, die natürlich kein Mensch beachtet hat, und dann das „Zusammenarbeiten“ aller Behörden mit den Vereinen oder Organisationen der Volkswohlfahrt gefordert. Die Merkblätter über die sachgemäße Ernährung und Pflege der Säuglinge sollen weiter durch die Standesbeamten, Vereine usw. verteilt werden, Ärzte, Hebammen usw. sind angehalten, mündliche Belehrung zu geben. Für die ländlichen Kreise empfehle sich der im Kreise Westerbürg beschrittene Weg: den Hebammenstand an der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit unmittelbar zu beteiligen. Dort werde für jede Gemeinde alljährlich eine Nachweisung der sämtlichen neugeborenen Kinder aufgestellt, die außer den Personalien noch angibt: die Ernährungsweise der Kinder, die Dauer der natürlichen oder die der gemischten Ernährung, den Zeitpunkt der Entwöhnung sowie die Todesfälle unter Bezeichnung der Zeit und Ursachen. Die Hebammen haben die Listen zu führen und am Jahreschluß dem Landrat vorzulegen. Die Listen werden da geprüft, ergänzt und dann an die Hebammen behufs Eintragung der Sterbefälle bis zur Vollendung des zweiten Jahres der Kinder zurückgegeben. Eine Reichsstatistik dieser Art wäre natürlich recht wertvoll. Sehr interessant ist die folgende Feststellung des Ministers: „Bezüglich der Ernäh-

rung der Kinder, besonders auf dem Lande, ist neuerdings von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht, daß sich mit der Zunahme der Molkereien ein Rückgang in der Ernährung und in der körperlichen Entwicklung der ländlichen Bevölkerung anbahne, da durch den Verkauf der verfügbaren Vollmilch das Milchbedürfnis des eigenen Haushaltes nicht mehr ausreichend berücksichtigt und der Genuß gehaltsarmer Magermilch oder minderwertiger Surrogate gefördert werde.“ Daß in Zusammenhang mit dieser Erscheinung die „Wehrkraft des Volkes“ abnimmt, wie die Erfahrungen der Schweiz zeigen, wird besonders betont. Es sollen deshalb Erfahrungen gesammelt werden, „ob tatsächlich eine Herabsetzung der körperlichen Entwicklung der Landbevölkerung beobachtet worden ist und ob dieselbe mit der etwaigen Abnahme der Milch- und Butterernährung in Verbindung gebracht werden kann“. Wer soll diese Erfahrungen sammeln? Außer den Kreisärzten, Hebammen, Bürgermeistern auch die Geistlichen!

Es wird diesen „Helfern“ ans Herz gelegt, der Geburts- und Wochenbetthigiene, der Wiedereinführung des Stillgeschäftes und dem Schutze der stillenden Mutter die größte Aufmerksamkeit zu schenken, „weil die Sterblichkeit der Säuglinge in den ersten Wochen und Monaten des Lebens, und hier wieder besonders bei den künstlich ernährten Kindern am größten ist“. Und diesen armen Wärmern verteuert man auch noch die Milch! Ist es nicht eine Heuchelei, wenn man weiter liest: „Von besonderer Bedeutung für Geburt, Wochenbett und günstige Gestaltung des Stillgeschäftes ist es, daß die Mutter sich schon vor der Entbindung von den körperlichen Anstrengungen des Erwerbslebens in angemessenen Zeitabständen fernhält und nach der Entbindung die für die Wöchnerinnen und Stillmütter nötige Schonung erfährt. Es ist deshalb anzustreben, daß in den industriellen Anlagen, die Frauen beschäftigen, Einrichtungen getroffen werden, den Müttern durch eine ausreichende Ruhezeit und Unterstützung vor der Entbindung, durch Verlängerung der Schonzeit nach der Niederkunft, durch Einrichtungen von Stillzimmern und ähnlichen Veranstaltungen eine noch über den gesetzlichen Schutz hinausgehende Fürsorge zu gewähren.“ Damit gibt der Minister zu, daß der „gesetzliche Schutz“ nicht ausreichend ist! Von den Besitzern industrieller Anlagen erwartet er offenbar, daß sie auf einmal human geworden seien und freiwillig noch mehr gewähren würden als das, was sie bis jetzt noch gar nicht beachtet haben! Das ist ja zum Heulen „schön“.

Weil der Staat nicht helfen will und nur papierene Verordnungen erlassen kann, so soll die Kommune helfen, denn der Minister empfiehlt Fürsorgestellen und Schaffung kommunaler Milchämter!

Doch halt! Wir dürfen dem Vater Staat nicht unrecht tun. Es ist noch eine „Verfügung“ des — Kriegsministers da, nach welcher „den in den Militärwerkstätten in Spandau beschäftigten Arbeiterinnen, die stillende Mütter sind, mittags Urlaub bis zu drei Stunden ohne Lohnabzug gewährt wird, um sich zu ihren im Säuglingsheim in Pflege befindlichen Kindern begeben zu können.“ Das ist aber auch alles! Es werden dann die kommunalen Maßnahmen einzeln aufgezählt. Mutterberatungs-, Säuglingsfürsorgestellen und Stillunterstützungen wurden eingerichtet respektive gewährt in Aachen, Berlin, Braunschweig, Charlottenburg, Dresden, Erfurt, Frankfurt a. M., Freiburg, Görlitz, Gronau, Kall, Kiel, Köln a. Rh., Landshut, München usw. Wie diese Einrichtungen funktionieren und benutzt werden, darüber werden uns wohl die Genossinnen dieser Orte bald näheren Aufschluß geben. Jedenfalls bleibt es dabei, daß der Staat selbst für Säuglingsfürsorge wenig oder gar nichts übrig hat. Verfügungen und Erlasse sind sehr billig!

E. G.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Die Jahreskonferenz der englischen Liga für Frauenarbeit. Die englische Liga für Frauenarbeit (Woman's Labour League), die 1906 von Genossinnen gegründet worden ist, hat kürzlich gleichsam als Einleitung zu dem Parteitag der englischen Arbeiterpartei ihre Jahreskonferenz in Portsmouth abgehalten. Mehr als vierzig Ortsgruppen waren durch Delegierte vertreten, und die Tagung bedeutet in jeder Beziehung einen großen Fortschritt über die des letzten Jahres. In der Eröffnungsitzung wurde von der Vorsitzenden, Genossin Bondfield, wie einigen Delegierten stark die vorliegende Notwendigkeit betont, für bessere Arbeitsbedingungen der erwerbstätigen Frauen und staatliche Mutterschaftsfürsorge zu kämpfen. Erster Verhandlungsgegenstand war die Frage der Arbeitslosigkeit. Der Vorstand der Liga hatte eine Protestresolution vorgelegt, welche dagegen protestierte, daß das Ministerium für Angelegenheiten der Lokalverwaltung (Local Government Board) sich hartnäckig weigert, die Entwicklung der Werkstätten für arbeits-

lose Frauen zu fördern und diesen Institutionen die Möglichkeit zu geben, den Beweis zu erbringen, daß sie den Frauen von wirklichem Nutzen sind. Die Resolution verlangte auch die Gründung landwirtschaftlicher Kolonien für Frauen und forderte des weiteren das Ministerium auf, mit den örtlichen Komitees zusammenzuarbeiten, um arbeitslose Frauen besser mit Arbeit zu versorgen, die nicht nur vorübergehender Art sein soll. Auf wiederholte Eingaben der Frauen im Sinne dieser Forderungen hatte die Regierung geantwortet, daß der Leiter des betreffenden Ministeriums, Mr. John Burns, der ehemalige revolutionäre Sozialdemokrat und jetzige liberale Minister, die Werkstätten für arbeitslose Frauen nur als ein Experiment erklärt habe, daß die darauf gesetzten Erwartungen nicht erfüllte, so daß die weitere Fortführung der Einrichtungen nicht gerechtfertigt sei. In der Diskussion über diese Frage erhoben die anwesenden Delegierten bittere Klagen über die viel zu kurze Dauer und den beschränkten Umfang dieses Versuches. In London wurden zum Beispiel nur drei solcher Werkstätten errichtet, statt mindestens einer für jeden Bezirk. Die Resolution gelangte mit einem Amendement zur Annahme, in dem die Regierung aufgefordert wird, dem Parlament ein Gesetz vorzulegen, das durch Reform des herrschenden Produktionssystems danach strebt, die Ursachen der Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Es wurde erklärt, daß dieses Amendement als die Anerkennung des Rechts auf Arbeit aufgefaßt werden müsse.

Die Konferenz verhandelte dann über die Fürsorge für Schulkinder. Die Genossinnen Kerrison, Bentham und Mac Donald traten warm für das Recht der Kinder des Volkes auf staatliche Fürsorge ein. Ihren Ausführungen entsprachen die Resolutionen, denen die Konferenz ihre Zustimmung gab. Die eine von ihnen fordert, daß die ärztliche Inspektion der Schulkinder durch unentgeltliche ärztliche Behandlung vervollständigt werden müsse, und daß die Staatskasse zu den Mitteln beizutragen habe, die für diese Zwecke weiterhin erforderlich sein würden. Die andere ersuchte die Arbeiterabgeordneten, mit allem Nachdruck die Regierung aufzufordern, durch Gesetz die Schulpflicht in den Gemeindefschulen aller Orte obligatorisch einzuführen, und zwar solle die Speisung auch während der Ferien fort dauern.

Eine lange Diskussion fand zu der dritten Frage der Tagesordnung statt: Mutterschaftsfürsorge durch den Staat. Genossin Bruce Glasier referierte darüber. Ihrer Ansicht nach muß die Hauptaufgabe des Staats in dieser Sache sein, die Familie aufrechtzuerhalten und zu stärken. Der Staat soll folglich nicht allgemeine Mutterschaftsversicherung schaffen, sondern den Vater zwingen oder in den Stand setzen, selbst seine Kinder zu ernähren. Nicht Unterstützung der Mütter, sondern bessere Löhne für die Männer solle die Lösung sein. Nur in Ausnahmefällen solle der Staat den Müttern Unterstützung gewähren. Genossin Bruce Glasier bekannte sich auch im Hinblick auf die Familie als Gegnerin der Arbeit verheirateter Frauen, will jedoch diese nicht ausdrücklich verboten wissen. Diese Ausführungen muten nach unserer Ansicht sehr eigentümlich an und beweisen eine große Unklarheit über die geschichtliche Bedeutung der Frauenarbeit und die sozialen Zusammenhänge, unter denen sie sich durchsetzt. Sie lassen erkennen, daß die Genossin das Entscheidende überieht: daß die großen Übel, welche Hand in Hand mit der Frauenarbeit auftreten, nicht dieser selbst eigentümlich sind, sondern dadurch entstehen, daß sie kapitalistisch ausgebeutet wird. Einige Diskussionsrednerinnen wendeten sich denn auch gegen den Standpunkt der Referentin und betonten insbesondere, daß es unmöglich sei, die Erwerbsarbeit der verheirateten Frauen zu verbieten. Genossin Ward insbesondere protestierte dagegen, daß man die verheiratete Frau auf die Haushaltsführung beschränken wolle, wodurch sie in wirtschaftliche Abhängigkeit von irgend jemand geraten müsse. Genossin Mac Donald hingegen vertrat ebenfalls die Überzeugung, daß die verheiratete Frau ins Heim gehöre. Nach ihr kommt es besonders darauf an, das Verantwortlichkeitsgefühl der Eltern zu stärken und zu prüfen, ob nicht etwa durch staatliche Unterstützungseinrichtungen für die Mütter der Lohn des Mannes gesenkt werde. Leider kam es in der wichtigen Frage — die unseres Dafürhaltens von keiner Seite richtig erfaßt und vertreten wurde — nicht zu einer Beschlußfassung der Konferenz.

Zu verzeichnen ist noch, daß diese sich in einer Resolution dagegen erklärte, daß die Empfänger von Armenunterstützung des Wahlrechts verlustig gehen. Des weiteren stimmte sie einem Antrag des Vereins der Eisenbahnarbeiterinnen (Railway Women's Guild) zu, der eine staatliche Witwenversicherung forderte, die insbesondere Witwen berücksichtigen solle, die für kleine Kinder zu sorgen haben oder infolge von Alter und Krankheit erwerbsunfähig sind. Schließlich sprach sich die Konferenz noch für die Verstaatlichung der Krankenhäuser aus.

Im Anschluß an die Tagung fand abends eine große Agitationsversammlung statt, in der Genossin Bondfield den Anwesenden ans Herz legte, sich nicht durch Vorurteile und das Herkommen davon abhalten zu lassen, selbst zu denken und im Interesse der Gesamtheit zu handeln. Die erwerbstätigen Frauen sollten ihre Zeit nicht mit sinnlosen Vorwürfen gegen die Männer vergeuden, sondern anerkennen, daß bereits so viele Männer für die Interessen der Frauen eintreten. Ganz besonders sei das seitens der Arbeiterpartei der Fall.

Der „Labour Leader“, das Organ der Unabhängigen Arbeiterpartei, hat der Konferenz zwei Artikel gewidmet. Der eine davon würdigt lobend die Arbeiten und Leistungen der Liga, der andere beschäftigt sich mit der Frage der Mutterschaftsfürsorge. Der „Labour Leader“ stellt sich in ihr auf den Standpunkt der Genossinnen Bruce Glasier und Mac Donald und wendet sich ziemlich scharf gegen einen Brief des Genossen H. G. Wells, der die gesellschaftliche Mutterschaftsfürsorge als eine sozialistische Forderung angesprochen hatte. Was auf der Konferenz und im Organ der Unabhängigen Arbeiterpartei gegen den Mutterschutz durch die Gesellschaft gesagt worden ist, das wäre uns im Lager kleinbürgerlicher, vor allem christlicher Reformen verständlicher gewesen als in dem von Sozialisten.

J. B. Askew.

I. K. Eintreten der englischen Genossinnen für die Arbeitslosen. Noch immer wütet in England die Krise und wirft Scharen von Arbeitern und Arbeiterinnen brotlos und obdachlos auf das Pflaster. Das schreiende Elend, das sich auf Schritt und Tritt zeigt, hat auch die Genossinnen beider sozialistischer Richtungen veranlaßt, für die Arbeitslosen einzutreten. Der Frauenklub der sozialdemokratischen Partei im Bezirk Poplar und die betreffenden Zweigorganisationen der Liga für Frauenarbeit entsendeten gemeinschaftlich im Interesse der Arbeitslosen eine Deputation an den Armenrat des genannten Stadtteils. Mac Kay forderte die Lokalbehörden, das Ministerium für Angelegenheiten der Lokalverwaltung und das Zentralkomitee zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf, sofort Maßregeln zu ergreifen, um durch Schaffung der nötigen Arbeitsgelegenheit der furchtbaren Not im Bezirk wirksam zu steuern. Genossin Holland fragte die Armenpfleger: „Was sollen wir Frauen anfangen, wenn unsere Männer arbeitslos sind, keine Nahrung für die Kleinen zu Hause ist, keine Feuerung und keine Hilfe für die Kinder, die hungrig zur Schule gehen müssen? Wenn wir nicht auf anständige Weise Nahrung bekommen, so bleibt nichts anderes übrig, als daß wir zu ungunsten unserer Zukunft nehmen müssen.“ Diese Worte wurden von den zahlreichen Arbeitern, die auf den Galerien den Verhandlungen folgten, mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Genossin Holland fügte noch hinzu: „Ich gehe nicht in das Arbeitshaus. Lieber möchte ich meine Kinder unter der Erde sehen, als daß ich mich von ihnen trennte. Die den Arbeitslosen das zumuten, sollten einmal selbst probieren, wie es im Arbeitshaus ist.“ Die Genossin, welche dem Armenrat angehört, beleuchteten noch scharf den durch die Arbeitslosigkeit geschaffenen Notstand. So kam es zu dem Beschluß, das Ministerium um die Befugnisse zu ersuchen, die Notleidenden ausgiebiger unterstützen zu können.

Eine Demonstration arbeitsloser Frauen, die von der Liga für Frauenarbeit veranstaltet worden war, fand in London unter dem Vorsitz von Genossin Ramsay Mac Donald statt, welche der Unabhängigen Arbeiterpartei angehört. Das Versammlungsort war dicht mit Frauen besetzt, von denen viele ihre Kinder mitgebracht hatten. Es sprachen die Genossinnen Bondfield, Macarthur, Moore und andere noch, darunter Crooks, Arbeitervertreter im Parlament. Einstimmig wurde schließlich eine Resolution angenommen, welche die unzulänglichen Maßnahmen der liberalen Regierung zur Unterstützung arbeitsloser Frauen scharf verurteilte und eine Vermehrung wie eine bessere Ausgestaltung der Londoner Werkstätten für weibliche Arbeitslose forderte, ebenso die Errichtung landwirtschaftlicher Kolonien für Frauen. Die Resolution betonte außerdem, daß den Frauen nicht bloß vorübergehend, sondern dauernd durch entsprechende Beschäftigung geholfen werden müsse.

J. B. Askew.

Zur Beachtung!

Leider konnten wir aus Mangel an Raum die in den Protestversammlungen gegen den Stillstand der Arbeiterschutzgesetzgebung und für eine einheitliche Arbeiterversicherung angenommene Resolution über die Invalidenversicherung nicht veröffentlichen. Sie wird in nächster Nummer erscheinen.